

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Das „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: für den Bezugsnehmer 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Druck: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. o. H. o. Halle, Postfach 114.

Bezugspreis: 12 Pfennig für den Wochenschein und 20 Pfennig für den Monatschein. Einzelhefte: 10 Pfennig. Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag. Druck: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag. Druck: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 25. Mai 1927

7. Jahrgang \* Nr. 122

## Donnerstag Abbruch der Beziehungen

Sowjet-Rußland will den Frieden — England den Krieg — Hände weg von Sowjet-Rußland!

(Reuter) London, 24. Mai.

Baldwin erklärte im Unterhaus, die Regierung werde, falls das Unterhaus am Donnerstag dies nicht mißbilligen sollte, das Handelsabkommen mit Rußland aufheben, die Abreise der Sowjet-Handelsdelegation und der Sowjetvertretung in London verlangen und die britische Mission aus Moskau abberufen.

### Baldwins haitlose Nachbuhdigungen

London, 24. Mai.

Gegen 4 Uhr erhob sich der Premierminister Baldwin, um folgende Erklärung abzugeben: Seit vielen Monaten habe die Politik in enger Zusammenarbeit mit den militärischen Autoritäten, die Unternehmungen einer Gruppe von Geheimagenten verfolgt, die sich bemühten, mehrere streng vertrauliche Dokumente, die sich auf die Rüstungen Englands bezogen, in ihre Hand zu bekommen. Im Verlaufe dieser Forschungen habe sich dann herausgestellt, daß die Agenten im Auftrag der Sowjetregierung arbeiteten, und daß sie ihre Inkarnationen von Mitgliedern der russischen Handelsdelegation erhielten. Diese Mitglieder der Handelsdelegation hätten auch dafür gesorgt, daß die Manuskripte in Sicherheit gebracht wurden, und daß die erbeuteten Dokumente fotografiert und Kopien von ihnen angefertigt wurden. Dieser Verdacht sei dadurch bestätigt worden, daß zu Beginn des Jahres ein englischer Staatsangehöriger verhaftet wurde, zwei solcher Dokumente zu besitzen. Diese Dokumente seien inzwischen wieder entdeckt worden. Die Organisation, für die er die Dokumente besorgte, sei bekannt, und ihre Zusammenarbeit mit einer entsprechenden russischen Organisation sei festgestellt worden. Kürzlich sei ein offizielles und streng vertrauliches Dokument vermißt worden. Es sei erwiesen, daß es nach dem Sowjethaus (Kros) gebracht worden sei, wo es mit Hilfe eines photographischen Apparates reproduziert wurde. Auf Grund dieser Information sei am 12. Mai der Befehl zur Durchsicht des Sowjethauses erteilt und der photographische Raum des Sowjethauses besonders eingehend durchsucht worden. Es sei bekannt, daß der in dem Raum sich aufhaltende Angestellte Müller in die Arbeiten der Geheimagenten eingeweiht war.

Es sei also klar, daß die Kros und die russische Handelsdelegation gelegentlich auch für außereuropäische Korrespondenz benötigt werden sei. Ferner sei festgestellt worden, daß ein Angestellter in aller Eile verhaftet habe, Papiere zu vernichten.

Die englische Regierung habe infolgedessen beschlossen, das Handelsabkommen zu kündigen, die Zurückziehung der Handelsdelegation und der Sowjetmission aus London zu verlangen und ihrerseits die englische Mission aus Moskau zurückzurufen.

### Ablenkungsmanöver der bankrotten Politiker

Der Londoner Berichterstatter der „Kossischen Zeitung“, der übrigens unter dem Einfluß der englischen Bourgeoisie steht, erklärt den Bruch mit Moskau für ein Ablenkungsmanöver der konservativen englischen Regierung, die aus den innerpolitischen Schwierigkeiten keinen Ausweg mehr sah. „Wenn die Regierung“, schreibt der Korrespondent der „Kossischen Zeitung“, „heute auflösen würde, würde sie von den 412 Mandaten, die sie jetzt inne hat, nach dem Einverständnis konservativer Sachverständiger kaum 200 Mandate behalten.“

Die sozialistischeren Mitglieder des Kabinetts Churchill und Birkenhead glauben, daß die konservative Partei bei Neuwahlen noch einmal einen Wahlerfolg davontragen würde, wenn die Mitglieder des Bürgerrechts in händiger Aufregung und Panikstimmung erhalten werden. Dieser Flügel der Regierung, der jetzt den Sieg davongetragen hat, will sich mit der Sache gegen die Sowjetunion nicht begnügen, sondern teilt die ganze Welt in antisowjetische und prosozialistische (sozialistischeren) Länder ein. Als sozialistischeren Länder werden alle bezeichnet, die es wagen, normale Beziehungen zu Sowjet-Rußland aufrechtzuerhalten. Die wahren Angelle werden gegen Rußland gerichtet sein. Die sozialistischen Regierungsmittel werden beschlagnahmt, nach Durchpeisung des Gewerkschaftsanges in der Panik und Fieberstimmung Neuwahlen unter der Leitung „für England oder gegen England!“ durchzuführen und eine sozialistische Regierung einpflanzen.

### Der Einbruch

Die Londoner Geschäftskreise haben den völligen Bruch mit der Sowjetunion nicht erwartet. Man weiß darauf hin, daß Chamberlain auch den völligen Bruch beklümpft habe, und daß einflußreiche Finanzkreise bei dem Ministerpräsidenten Baldwin einen Schritt unternommen haben, um ihn auf die Bedeutung des englisch-russischen Handels hinzuweisen. Die Stimmung ist sehr gedrückt.

### Geschäfte möchten sie doch machen

„Times“ schreibt: Die Wirkung der Entscheidung der Regierung wird nicht ein Bruch mit Rußland sein, das man nicht mit seiner gegenwärtigen Sowjetregierung verwechseln darf. Es besteht kein Grund auf britischer Seite, warum Handel zwischen den beiden Ländern in dem bisherigen Umfang nicht weiter betrieben werden soll. Was aber nicht länger mehr gebildet werden kann, ist die Anwesenheit einer zentralen unmissverständlichen ausländischen Propaganda auf britischem Boden unter dem Schutz diplomatischer Vorrechte.

### Aber Sowjet-Rußland hekt sämtliche Geschäfte ein

(RUB.) Moskau, 25. Mai.

Der Volkskommissar für den Handel Witschjan erklärte, daß Baldwin sich irrt, wenn er glaubt, daß nach Auflösung der Sowjet-Handelsorganisationen ihre Funktionen an englische Vermittlerfirmen übergehen werden. Das Handelskommissariat werde sämtliche Geschäfte mit England einziehen. In der Folgezeit werde ausschließlich die Handlungsbüros früher angefallener Geschäfte betrieben werden. Die Sowjethandelsstellen in England seien angewiesen, von den englischen Firmen, mit denen noch Verträge laufen, die Verbringung von Garantien zu verlangen, und zwar müssen diese Garantien von Kreditinstituten solcher Länder gestellt werden, mit denen Sowjet-Rußland in normalen Handelsbeziehungen liegt.

### Das Moskauer Proletariat: „Genug!“

Moskau, 24. Mai.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: In den Betrieben werden fortgesetzt Massenprotestversammlungen gegen den Londoner Ueberfall abgehalten. In den dabei angenommenen Entschlüssen wird gefordert, daß die Sowjetregierung förmlichen Widerstand leiste und den Handelsvertrag mit England löse. Die „Koswetska“ weist auf die Enttäuschung in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion hin und betont, daß die Sowjetunion aus den gegenwärtigen politischen Beziehungen zu England keine Vorteile ziehe. Wenn die Sowjetregierung durch eine unbedingende Antwort der englischen Regierung vor die Notwendigkeit gestellt werden sollte, eine Entscheidung zu treffen, so werde sie sich von der beherrschenden Forderung der öffentlichen Meinung, die Handelsbeziehungen abzubrechen und die Handelsvertreter abzuweisen, leiten lassen.

### Tschiltscherin bei Briand

(RUB.) Paris, 24. Mai.

Minister des Äußeren Briand hat heute den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschiltscherin und den Sowjetbotschafter in Paris Katoski empfangen. Die Unterredung dauerte von 11.30 bis 12.30 Uhr. Beim Verlassen des Quai d'Orsay weigerte sich Tschiltscherin, irgendeine Erklärung abzugeben.

### Die „Pravda“ über den Bruch

(RUB.) Moskau, 25. Mai.

Die „Pravda“ schreibt: Der Wunsch der englischen Regierung, die Handels- und die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen, ist nur ein erster Schritt, dem Verleugung, eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu schaffen, folgen werden. Die Begleitumstände des Bruches werden die Sympathien gegenüber der Sowjetunion nur verstärken, die trotz allem fortfahren wird, die Sache des Friedens zu vertreten.

### Wiederum deutsche Waffen für Chiangkai-schin

Berlin, 24. Mai.

Die „Zeit-Nachrichten“ melden: Durch Vermittlung eines Hamburger Agenten wurden für Nord-China bei Junkers 10 Bombenflugzeuge bestellt. Gesamtpreis 650.000 Dollar. Sie sollen Anfang Juni auf einem deutschen Dampfer von Hamburg nach Tsienpu verschifft werden.

### Zwischen London und Berlin

Kriegsgefahr auch für Deutschland!

Halle, 25. Mai.

Aus den heute eingelaufenen Mitteilungen geht klar hervor, daß der englische Ministerpräsident Baldwin in den Zusammenbruch des Dokumentenschwindels im Parlament selbst feststellen mußte. Nachdem ein ganzer Detektivroman über die militärischen Spionageorganisationen, die die Sowjetregierung in London unterhalten soll, vorgelesen wurde, mußte Baldwin erklären, daß das fehlende Dokument im Krosgebäude nicht gefunden worden sei!

Das ist die einzige sachliche Mitteilung Baldwins. Die Wad- und Wiederebenen über kommunistische Weltorganisationen, die die ganze Welt bearbeiten sollen, werden von niemandem ernst genommen. Fundierbar ernst ist aber die Tatsache, daß das englische Kabinet es wagt, nach dem Zusammenbruch des gesamten Schwindels mit den Geheimdokumenten, den Bruch mit der Sowjetunion zu vollziehen und dadurch einen neuen Weltkrieg heraufzubeschwören.

Wir wollen schon Gefügtes nicht wiederholen. Nur eins: Wir Kommunisten haben diese Schritte der englischen konservativen Regierung vorausgesehen zu einer Zeit, wo die deutsche bürgerliche Presse, und vor allem die sozialdemokratische Presse, unsere Perspektive als „kommunistischen Nierbertraum“, als demagogische Verunreinigung der Bevölkerung bezeichnete. Die letzten Ereignisse sind eine einzige Bestätigung der von uns gegebenen Perspektive.

Jetzt tritt eine neue kritische Lage ein. Die Lage nicht der künftigen Kriegsgefahr, die während des ganzen Zeitalters des Imperialismus vorhanden ist, sondern die Lage der akuten Kriegsgefahr. Und jetzt, nachdem die bankrotten Politiker in England die Völker in einen neuen Krieg hineinzulocken wollen, werden in Deutschland die sozialdemokratischen Führer nach Stresemanns Anweisungen erklären:

„Abbruch der Beziehungen bedeutet noch keinen Krieg. Es wird zwischen England und Sowjet-Rußland zu keinem Krieg kommen. Dafür muß schon der Völkerbund sorgen. Und wenn es auch schließlich zu einem Krieg kommen sollte, wie in Deutschland bleiben neutral.“

In dieser Argumentation liegt eine Gesetzmäßigkeit. Sie kommt der grenzenlosen Unwissenheit, politischen Unerschaffenheit der indifferenten Massen und dem nicht minder grenzenlosen Schlaf- und Ruhebedürfnis der Spießer entgegen. Das ist gerade das größte Verbrechen der Politik der sozialdemokratischen Führer, daß sie sich nicht auf die positiven, auf die aufsteigenden Tendenzen in der Arbeiterbewegung stützen, sondern daß sie im geistigen Sumpf und Morast der dumpfen Unwissenheit das Element finden, das ihnen die Weiterführung ihrer Politik ermöglicht.

Wie steht es um Deutschland? Die ausländische bürgerliche Presse bringt Meldungen von einem Bündnisangebot Englands an Deutschland. Die „Bayerische Nationalzeitung“ berichtet über die Bestrebungen Englands, eine europäische Einheitsfront gegen den Kommunismus zu schaffen: Chamberlain wünscht Deutschlands genaue Stellungnahme in einem englisch-russischen Konflikt. Großbritannien werde Entgegenkommen an Deutschland zeigen, sobald Deutschland seine Unterstützung in den Auseinandersetzungen mit Rußland zugesichert habe.

Der Eifer Stresemanns, diese Meldungen zu demontieren, ist gar zu auffällig. Aber wo gibt es noch denkende Menschen auf der Welt, die diplomatische Erklärungen als Wahrheit annehmen? Wenn irgendein Maßstab zur Beurteilung solcher Erklärungen überhaupt vorhanden ist, so dies, daß man das Gegenteil der abgegebenen Erklärungen als wahr annehmen soll. Das gilt auch für das Bündnisangebot Englands an Deutschland. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schrittes, die von vornherein bestand, verdichtet sich zur Gewißheit. Und die Verpflichtungen Deutschlands erstrecken sich in einem solchen Falle nicht bloß auf Munition- und Waffenlieferungen, sie gehen darüber hinaus. Deutschland soll seine im Locarno-Pakt eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und im Sinne der §§ 16 und 17 des Locarno-Paktes als Aufmarschgebiet benötigt werden.

Gehen wir uns in dieser Situation die deutsche Presse an. Das „Berliner Tageblatt“ vom 25. Mai glaubt

# Parteitag der SPD.

(Eigener Bericht)

Riel, 24. Mai.

mit einigen launigen Worten über die unbefangene Notwendigkeit der Neutralität und die Friedenspolitik für Deutschland sich die Mühe erheben zu können, zur Kriegsgeschichte Stellung zu nehmen. Die „Löffische Zeitung“ beschränkt sich auf die allerdings genügend alarmierende Wiederholung der Reden ihres Berichterstatters aus London. Das halbamtliche Organ Stresemanns, die „Tägliche Rundschau“ vom 23. Mai schreibt, sage und schreibe, 15 Zeilen eigenen Kommentar, worin es heißt:

„Deutschland, das in diesem Falle vollkommen außerhalb des Konfliktes steht (...), kann und wird nur eine Politik verfolgen, d. h. der absoluten Neutralität und der zügigen Beobachtung der von ihm übernommenen Verpflichtungen.“ (1)

Darunter kann man aber alles verstehen! Zu den übernommenen Verpflichtungen gehört es auch, im Sinne des Locarno-Paktes Deutschland als Tummelplatz für die Banden des Imperialismus herzugeben!

Und die sozialdemokratische Presse? Die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 24. Mai ohne ein Wort des Kommentars ist, das Baldwin im Abdruck verurteilt. Die „Löffische Zeitung“ vom 24. Mai gibt die Meldung über Baldwins Regierungserklärung, deren Inhalt geteilt man schon mit völliger Sicherheit erleben konnte, mit der Überschrift: „Was wird werden?“ Ein größeres Armutsschicksal hätte sich eine Zeitung wohllich nicht ausstellen können. Aber diese Armen an Geld wollen sich im kapitalistischen Himmel jeht werden und zu diesem Zwecke retten sie ihr Gewissen vor den Kriegstreibern, indem sie die Meldungen auch ohne einzige Zeile von Kommentar veröffentlichen.

Auf dem Riel-Parteitag wird über die Kriegsgeschichte nach den antihumanistischen programmatischen Erklärungen von Riel kein Wort mehr gesprochen. Das Schweigen der deutschen Bourgeoisie und das Schweigen der sozialdemokratischen Führer erinnern mit einer unheimlichen Ähnlichkeit an die Zeit vor 1914. Über gerade weil sie schweigen, muß die Stimme der Arbeiter lauter geklingelt überall erklingen, wo man noch nicht begriffen hat, daß Gefahr im Verzuge ist. Nicht die Stimmen der einzelnen, sondern die organisierte Stimme der Betriebe, der Gewerkschaften, der Arbeiterorganisationen. Wir wissen, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung sich mit Gewissensbisse nicht zufrieden stellt. Solidarisch in der Verteidigung des Friedens, solidarisch im Widerstand gegen den Weltkrieg. Aber diese Solidarität ist nicht aktiv.

Wenn die Landeswehrtruppen über Deutschlands Grenzen aufmarschieren, wenn all die bekannten und die noch unbekannteren Greuel und Schrecken des Krieges, denen das heutige Aufnahmungsvermögen der Bevölkerung mit Phantasie gar nicht folgen kann, über Deutschland und Europa hereinbrechen — soll dann vielleicht die aktive Solidarität sich zeigen?

Dann ist es zu spät!

Und noch eins. Unterläßt nicht die Bedeutung der Protestaktionen, der Protestkundgebungen, der Resolutionen! Sicherlich sind sie nur ein erster Schritt der Gegenaktionen, die zur Verschiebung der Munition- und Waffenlieferungen, der Hilfsleistungen gegen die Sowjetunion und gegen China und darüber hinaus zur Verschiebung des Weltkriegs mit allen Mitteln gefördert werden müssen. Aber es ist ein erster Schritt, gibt es keinen zweiten. Wer heute nicht aufsteht, seinen Betrieb und seine Gewerkschaft zu mobilisieren, wird die Feuerprobe in den entscheidenden Situationen nicht besser bestehen.

In den nächsten Tagen wird es sich zeigen, welche Betriebe und welche Gewerkschaften Mitteldeutschlands an der Spitze der Protestbewegung marschieren, die breitetellen Massen unter der Führung vereint:

- Sowjet-Rußland will den Frieden!
- England provoziert den Krieg!
- Hände weg von der Sowjetunion!

## Das Judasgeld für Deutschland

Der bekannte Schriftsteller August, der als inoffizieller Vertreter einflussreicher Regierungskreise die nachfolgenden Andeutungen über die Verhältnisse, die eine deutsche „Sowjetunion“ auslösen würde:

1. Das Rheinland wird schnell und völlig geräumt werden.
2. Der Berliner Vertrag wird diejenigen Klauen verlieren, die Deutschland als stützende erachtet.
3. Die Vermögensbeschränkungen für Deutschland werden aufgehoben werden.
4. Der Dawes-Plan wird revidiert werden, nicht nur in Bezug auf die zu zahlenden Beiträge, sondern auch in der Richtung einer Aufhebung der ausländischen Kontrolle.
5. Der Widerstand der Alliierten gegen den Anschlag Deutschlands würde aufgehoben werden.
6. In der Oberelbe und der Ruhrfrage würde eine Einigung erzielt werden, obwohl hier die Lösung sehr schwer sein wird, da man Polen nicht fallen lassen darf.

## Die englische Presse zum Abbruch der Beziehungen zu Rußland

(W.B.) London, 25. Mai.

Die Leitartikel der Morgenpresse zeigen, daß die formelle Bezeichnung der Regierung zum Abbruch der Beziehungen zu Rußland nicht angeknüpft wird. Während die konservativen Blätter dem Schritt der Regierung mit Enthusiasmus zustimmen, äußern die liberalen Organe mit Teil Zweifel an der praktischen Zweckmäßigkeit des Schrittes.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ sagt: Der Schritt der Regierung ist ein unerwünschter Bruch des Handelsvertrages, der eine Schiene gegen den britischen Handel bebaute und folglich schwer für den künftigen Weltfrieden ist. „The Morning Gazette“ schreibt: Hat die Regierung die allgemeine Wirkung auf die europäische Politik erkennen und ihre Aktion einleiten mit den anderen europäischen Mächten, besonders mit Frankreich und Deutschland erörtern? Die diplomatische Wirkung der Regierungsfaktion wird wahrscheinlich sein, daß die das genaue Gegenteil des gewünschten herbeiführt.

## Kanada gegen Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion

Das kanadische Kabinett wird in einer morgen stattfindenden Sitzung über die Stellung Kanadas zu dem von Baldwin angesprochenen Bruch der englisch-russischen diplomatischen Beziehungen Stellung nehmen. In der Ansicht aus Kanada nach Rußland während der letzten Jahre durchgenommen hat, bringen die Briten, die mit den Sowjetbehörden in Handelsbeziehungen stehen, bei der Regierung heraus, daß mit äußerster Umsicht verfahren wird.

Am zweiten Verhandlungstag sprach ein Stettiner Delegierter. Er sagte, für die Interaktion der Partei wäre der Hohenloher-Vergleich nicht so notwendig gewesen, wenn dem Otto Braun als preussischer Minister so viel gesprochen habe. Wir hätten mit allem Willen zu tun, um die Mitglieder der Partei zu erhalten (Antrag aufzuführen). Es ist auch ein unbehaglicher Zustand, daß die bekannten Parteiführer in der bürgerlichen Presse schreiben. Unsere Forderungen werden von den Kommunisten am schärfsten bekämpft, weil sie wissen, daß die Antien einen viel größeren Anhang unter den Arbeitern haben, als die anderen.

Der Disziplinierungs-Gesetz-Kommission tritt für die Beamtenträger ein, die den Austritt aus dem DGB verlangen. Wille-Berlin fordert eine Wendung in der desjährigen Beamtenträger. Podmann macht Steinfort-Berlin einen Vermittlungsvorschlag zur Beamtenträger. Fressel-Vergip sagt, daß Wels den Beweis erbracht habe, wie man es nicht machen sollte. Die Opposition kann sich die Vorteile des Parteivorstandes nicht gefallen lassen. Man gibt der Opposition nicht volle Meinungsfreiheit, verlangt sie dafür ganz für die Anhänger des Parteivorstandes.

Ich wünsche, der Genosse Braun wäre von seinem Ministerleib einmal heruntergefallen und hätte die Stimmung der unteren Parteifunktionäre zum Hohenloher-Vergleich kennen gelernt. (Starker Beifall.)

Die sächsischen Delegierten, die in Heidelberg als Auswärtige behandelt wurden, haben es allgemein als Genugtuung empfunden, daß Wels so offen von den 23 abtrüben mußte. Unsere Erklärung in Heidelberg hat sich als richtig erwiesen. — Kaja S. abian verteidigt die Jungsozialisten gegen die Vorwürfe von Wels. Die unteren Gruppen gehören zu den aktiven Mitarbeitern. Unsere Forderung nach Ausschluß der nationalsozialistischen Mindergruppe hat der Parteivorstand nicht unterzogen. Diese Leute sind zum Teil heute noch in der Partei. Der Parteivorstand ist immer sehr tolerant gegen alle rechtstehenden Kräfte. Das Recht von Brüder, das die Arbeiterpartei in einem neuen Krieg ausfordert, konnte in Ditz-Beipig erweisen.

Sodann spricht Stämpfer, der die Politik des „Vorwärts“ verteidigt. Die Redaktion könne wohl kleine Fehler gemacht haben, aber er habe immer den Grundgedanken vertreten, daß das Zentralorgan gar nichts anderes sein könne, als die publizistische Vertretung der Politik der Gesamtpartei. Wir haben leider geschwiegen, wo wir eigentlich hätten losreden müssen. Dieses System hat natürlich auch Schwächen, aber es ist relativ das beste. Wenn wir die Anregungen von Jitta u. Plauen, Chemnitz befolgt hätten, so wäre die Partei heute ein Trümmerhaufen. Wie steht es denn in Österreich, von dem die Genossen immer reden? Daß ein österreichisches Blatt so schreiben kann, daß es die Gegner respektieren können, ist unvorstellbar. (Rosenfeld ruft: Die haben auch einen anderen Parteivorstand!) — Van-ge-Kinnberg erklärt, die Verurteilungen Stämpfers hätten bedeutet, daß ein Berliner Lokalorgan notwendig sei, und heißt dann in seinen weiteren Ausführungen gegen den Personalrat und Braun entschieden auf. Müller-Beipig erklärt, daß die Silberheilige „Kraft und Zeit“ nicht den Beifall der Leipziger Genossen finden kann, weil sie einen zu wenig proletarischen Charakter trage. — Stellin vom Parteivorstand erklärt, von Rosenfeld sei wieder einmal mit Kanonen geschossen worden. Die Politik gegen die Parteischläffe lasse einfach Eckel aufsteigen. Und das Leipziger „Allerlei“, was uns hier serviert wurde, liegt nicht im Interesse der Partei. — Der Vorschlag des Parteivorstandes in der Beamtenträger ist nach langem Verhandlungen mit DGB, FFA, DGB, und DGB, aus demselben. — Ein Antrag auf Abschluß der Debatte wurde angenommen.

Sodann ergreift Rosenfeld noch zur persönlichen Bemerkung das Wort: Braun hat mit einen solchen Verstoß in der Fürsitzfrage

## Achtstundentag und höheren Lohn Mitteldeutsche Arbeiter, schlägt Einigkeit

(Eig. Draht.) Berlin, 25. Mai.

Gestern nachmittag fanden die Schlichtungsverhandlungen über den Achtstundentag und höheren Lohn für die Berliner Metallindustrie statt. Die Vertreter des DGB, (Verbandes Berliner Metallarbeiter) lehnten jedes Angebot ab. Der Schlichtungsausschuss fällt eine Schiedspruch, der die Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich festsetzt, dem Unternehmer aber erlaubt, ohne Zustimmung des Betriebsrates wöchentlich 5 Überstunden folgen zu lassen. Die Berliner Metallarbeiterfunktionäre entscheiden morgen (Donnerstag) vormittag über den Schiedspruch.

In der hagenen Metallindustrie (Eig. Med.) Hagen, 24. Mai. In der hagenen Metallindustrie ist es zu größeren Teilstämpfen gekommen. Seit einigen Tagen stehen die Arbeiter von vier Metallwarenfabriken wegen Lohn- und Arbeitszeitfragen im Streik. In der hagenen Metallindustrie. Der hagenen Metallarbeiter ist die Antwort auf den Versuch der DGB-Bureaus, die Metallarbeiter durch Vermittlung der Schlichtungsinstitutionen untertägige Arbeitsbedingungen aufzubieten.

Sollingen. (Eig. Med.) Die Verhandlungen über das durch den DGB geforderte Arbeitszeitabkommen mit den Unternehmern sind gescheitert, da der DGB auf der Forderung der 48-Stundenwoche beharrte. Die Unternehmer beschließen, den Schlichter zu Hilfe zu rufen.

Hamburg. (Eig. Med.) In einer Belegschaftsversammlung des Metallwerkes Hildroff, in welchem circa 35 Metallarbeiter beschäftigt sind, wurde ein Streik beschlossen, der am 22. Mai die Gesamtbelegschaft von 140 Mann, ebenfalls in den Streik zu treten. Der Kampf wird geführt um die Anerkennung des Urlaubs.

Fürstenwalde. (Eig. Med.) Infolge der fortwährenden Kürzung der Löhne und Ausbreiter hat am 21. Mai die Abteilung Autogen- und Elektrosmelzer der Firma Ritsch die Arbeit niedergelassen.

Die fürstenwalder Metallarbeiter hatten sich mit 1946 gegen 216 Stimmen für den Streik im Lohn- und Arbeitszeitabkommen entschieden. Die reformistischen Arbeiter haben aber hat sich dem verbindlich erklärten Schiedspruch, der zwar die 60-Stunden-Woche vorschreibt, unterworfen. — Obwohl die Arbeiter kämpfen wollen und der DGB die Arbeiter zur Erweiterung jüngerer Überstundenarbeit aufgefordert hat, gehen die Leipziger Junger dazu über, die Anweisungen zu sabotieren.

Frankfurt a. M. (Eig. Med.) In einer überfüllten Versammlung der Straßenbahner Frankfurt wurde der provisorische Schiedspruch des Zentralausschusses für kommunale Straßenbahner Tarifverträge einstimmig abgelehnt und den Gewerkschaften der Auftrag erteilt, die notwendigen Kampfmaßnahmen sofort einzuleiten. Obwohl die einstimmige Ablehnung gleichbedeutend mit dem Streikbefehl der Belegschaft war, verließen die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern weitere Verhandlungen zu pflegen.

Essen. (Eig. Med.) Am 22. Mai fand in Dubevier eine Demonstrationssammlung der Bergarbeiter von Grube Kellen statt, in der der ermüdete Wille zur Durchsetzung der aufgelisteten Forderungen und die Entzweiung gegen die sozialdemokratische „Politik“ der Gewerkschaftsführer zum Ausdruck kam.

während der Revolutionen vorgeworfen. Ich habe diese „alle Kamelle“ längst widerlegt. Ich habe inzwischen die Mitglieder der preussischen Ministerpräsidenten huldern können. Ich habe die erste Verfügung des preussischen Innenministers vom 13. 11. 18 bekanntgemacht. Ich habe erst die Verantwortung für die schlagartige des Staats- und Brückenbauverwaltungen vorläufig beschlagnahmt worden ist. Warum kam es nicht zur Entzweiung? Ich habe am 31. 11. die Entzweiung als Krisenmaßnahme dem Reichsbeauftragten vor. Der Antrag fiel auf Widerstand, da man den engeren Staatsminister abgeben wollte. Der Antrag wurde im engeren Staatsministerium abgelehnt. Ich habe in der verfassunggebenden preussischen Versammlung ebenfalls die Entzweiung vertreten. Als Stühem fragte, ob die Verfügung vom 30. 11. 1918 eine Entzweiung bedeuten sollte, rief ich: Das haben Sie verfehlt.

In Preußen ist die Entzweiung gefordert am Widerstand unserer Parteigenossen unter Führung Brauns.

Ich wünsche, daß man dies kameradschaftlich beurteilt und nicht böswillige Unterstellungen macht.

Am 3. Januar 1919 sind die Unabhängigen aus der preussischen Regierung ausgetreten. Es war mein Neigenschaftsfolger Stühem, der am 17. Januar 1919 schrieb, gegen die Beschlagnahme bedächtig erhebliche Bedenken. Es sei zu erfragen, ob nicht erhebliche Vermögenswerte freigegeben werden könnten.

Ein etwas früher Bundesgenosse als Goering hätte sich Braun auslösen können. (Starker Beifall.)

Braun (wird mit Beifall begrüßt): Ich kann das, was Rosenfeld gesagt hat, nicht unüberprüft lassen. Ich habe nicht vom Wortlaut der angelegenen Verfügung gesprochen, sondern von der Ausführung der Beschlagnahme. (Zusammenruf Rosenfeld: Der erste Mißklang!) Die Behauptung von Rosenfeld, daß er am 30. November 1918 die Entzweiung verlangt, hat er nicht bewiesen. Rosenfeld hat niemals einen Antrag auf Entzweiung gestellt. (Zusammenruf Hoffmann: Doch!) Ich habe von vornherein erklärt, diese Frage ist keine juristische, sondern eine politische. Ich habe nicht im November 1918 beantragt, den Hohenloherern sofort 10 Millionen zu geben, um sie abzuführen.

Adolf Hoffmann meldet sich zum Wort und bekräftigt die Ausführungen Rosenfelds.

Liebmann verzehrt sich gegen den Vorwurf mangelnder Meinungsfreiheit in der Leipziger Volkszeitung.

(Eig. Draht.) Riel, 25. Mai.

Nach der Mittagspause hält Wels sein Schlüsselwort und wendet sich scharf gegen die Opposition, besonders gegen die Gassen. Mit einem Appell an die Einigkeit wird das Schlüsselwort beendet. Sodann wird über die Anträge abgestimmt. Zwar mit Mehrheit, wobei die Opposition zwischen 15 und 45 Stimmen beträgt, werden die Anträge nach dem Willen des Parteivorstandes angenommen. Die Resolutionen, die eine Nachprüfung der Ausschüsse der Reichs-Delegationen forderten, erließen gegen zwei Stimmen. Angenommen wird ein Antrag, monach Sozialdemokraten nicht Mitglieder solcher Vereine sein dürfen, die gegen die Sozialdemokratie wirken.

Dieser Antrag gibt dem Vorstand die Möglichkeit, gegen jede Teilnahme sozialdemokratischer Mitglieder an überparteilichen Organisationen vorzugehen.

Am Schluß der Abstimmung greift ein Teil der Opposition, und zwar die Gassen, die Sozialisten und zwei weitere, zu einem bisher auf einem sozialdemokratischen Parteitag noch nicht angewandten Mittel, dem Parteivorstand ihr Mißtrauen auszusprechen. Unter lautem „Ho, Ho“-Rufen der Parteimehrheit stimmen sie gegen die von der Kontrollkommission vorgeschlagene Entlohnung des Parteivorstandes.

Auf Vorschlag der DGB-Ortsverwaltung Wöllingen beschloß die Generalversammlung des DGB, Wöllingen die Räumung des Rohrtarifes durch die Bezirksleitung zu fordern. Da die DGB-Ortsverwaltung Wöllingen drei große Werke mit circa 9000 Arbeitern umfaßt, ist dieser Beschluß von entscheidender Bedeutung.

## Nicht 850, sondern 960 Stimmen gewonnen in Sangerhausen

Die amtliche Prüfung des Wahlergebnisses durch den Kreisamtschef des Kreises Sangerhausen hat folgendes Resultat ergeben:

SPD	960
Landbau	863
Gewerkschaften	6043

Durch diese amtliche Prüfung ist festgestellt, daß die SPD, nicht wie zuerst gemeldet, 850, sondern 960 Stimmen gegenüber der letzten Wahl gewonnen hat.

## Zu den Landtagswahlen in Mecklenburg

Die „Rote Fahne“ schreibt zu den Landtagswahlen in Mecklenburg: Die kommunistische Partei hat ihre Stimmenzahl nicht behaupten können. Nach den verschiedenen Fehlern unserer Mecklenburger Genossen konnte die Hehe der SPD-Führer nicht ohne Wirkung bleiben. Die SPD wollte keine Schwächung der Brandenburger, sie führte ihren Kampf nur gegen die Kommunisten, und zwar mit den infamsten Mitteln. Die Verleumdung, daß die kommunistischen Abgeordneten von den Deputierten für Geld gesteuert seien, war nach der verhältnismäßigen Mittel. Der ganze Gewerkschaftsapparat war für die Lüge bereit eingestrichelt. Begünstigt wurde die Kampagne der SPD-Führer durch organisierte Wähler in der SPD: keine eigene Zeitung, außerordentlich viele schwache Organisationen auf der Lande, innerparteiliche Schwärze in einigen großen Ortsgruppen, vor allem Hohn und Schmeichelei.

Die kommunistische Partei fest die Mängel und Fehler, sie wird sie beheben. Aber nichtbedeutender ist festzustellen, daß die SPD, die immer verdrängt hat. Sie hat nicht unbedingtes gemacht, die SPD, nötig zu sein. Sie hat behauptet, daß die Forderungen der Kommunisten von allen Arbeitern abgelehnt werden, daß kein Arbeiter es billige, daß gegen die Koalitionseingabe, die in alle Arbeiterorganisationen ablehnt, gestimmt werde. Darin hat sich die SPD, schwer getäuscht. Trotz Schwächen der kommunistischen Abgeordneten liegt ein fester Kern von 15 000 Wählern über dem Reich liegt, wäre auch in Mecklenburg sichtbar geworden, wenn unsere Mecklenburger Organisationen die richtige kommunistische Politik energisch und ohne Schwächen durchführten und durchsetzen hätten.

Die Wahlen sind eine Lehre. Wir sind sicher, daß unsere Mecklenburger Organisation durch Anspannung aller Kräfte die erlittene Scharte schnell ausmerzen wird.

Geher Streik in Polen. Im Grubengebiet von Dombrowski getrieben wegen Kohlenpreisen ein Streik der Metallarbeiter ausgedehnt. Der Ausstand umfaßt vorläufig 10 000 Arbeiter.

# Imperialistischer Krieg und Sozialdemokratie

Von A. Ruzsica

Was die Sozialdemokratie während des letzten Weltkrieges getan hat, weiß jedes Kind.

Gegenwärtig, wo die sozialdemokratischen Parteien und die sogenannte „Sozialistische Arbeiterinternationale“ es für nötig halten, aufs neue in allen Tonarten „gegen den Krieg“ aufzutreten, ist es am Platze, wieder einmal aus den Archiven hervorzuholen, was diese Leute, die im August 1914 in allen Ländern die Arbeiter zur Teilnahme an dem Krieg an der Seite ihrer „für Recht, Freiheit und Fortschritt kämpfenden Regierungen“ aufgerufen haben, vorher „gegen den Krieg“ zu tun verdrachten.

Das ist um so wichtiger, als heute noch die Sozialdemokraten erfahren, daß das, was sie 1914 taten, nichts anderes war, als die Durchführung ihrer vorher gefassten Beschlüsse. Schreibt doch einer der Kriegsparteisäfte der 2. Internationale, der österreichische Sozialdemokrat Julius Deutsch, in einer 1920 erschienenen Broschüre „Wohlfahrt und Sozialdemokratie“ folgendes:

„Als in den entscheidenden Augenblicken des Jahres 1914 die sozialistischen Parteien in Frankreich und Deutschland sich an die Seite ihrer Staaten stellten, machten sie nur wahr, was sie seit jeher programmatisch verdrängt hatten.“

Was hatten sie verdrängt?

Zwei Kongresse der 2. Internationale haben bekanntlich vor dem Krieg besonders nachdrücklich zur Frage der Kriegspartei und ihrer Befähigung Stellung genommen, der Stuttgarter Kongreß 1907 und der Außerordentliche Kongreß von Basel 1912.

Die letzten Absätze der Resolution von Stuttgart besagen:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung aller möglichen Mittel zu verhindern, die sich je nach der Beschaffenheit des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und leisten.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Aufzuteilung der Volkswirtschaft und zur Befestigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

Der Kongreß von Basel bestätigte ausdrücklich diesen Beschluß und fügte hinzu:

„Die Ereignisse in der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen und gemeinsamen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben.“

Der Kongreß hielt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über die Grundfrage der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem Kapitalismus und Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzusetzen. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustande Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst den Krieg entfesseln können. Sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune in Folge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung setzte, daß die militärischen und maritimen Verstrickungen der Kapitalistenklassen in England auf dem Kontinent eine unerhörte Zustimmung gegeben und tiefe Arbeitseinstellungen entsetzt haben.“

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der Zukunft der ganzen Menschheit zu sein. Um die Vernichtung der Völker zu verhindern, die von allen Grenzen der Massenmorde, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie aufwenden.“

So lautet die wichtigsten Abschnitte der Resolution dieses Kongresses. Nach jeder Verlesung traten, einer nach dem anderen, die Vertreter der großen sozialdemokratischen Parteien aus die Tribüne und bewiesen feierlich ihre Bereitschaft zur Durchführung dieser Beschlüsse.

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie versprach Haase:

„Wir werden deshalb unter Anwendung der Methoden, die unsere Verhältnisse, unsere politische und gewerkschaftliche Organisation zulaßen, das Maximum unserer Kraft einsetzen, um das zu sichern, was wir alle sichern wollen, den Weltfrieden unserer Zukunft.“

Ballant versprach im Namen der französischen Sozialisten:

„Ausgeschlossen ist weder der Aufruf gegen den Krieg noch der Generalauftritt. Er ist sicher die Methode, die am besten den gefährlichen Ehrgeiz der herrschenden Klasse im Schach hält. ... Darin liegt eben der große Wert des Manifestes, daß es alle Kräfte aufruft, alles zu tun, was möglich ist, nichts zu fürchten, um das bestmögliche Unglück zu verhindern. Das wird erreicht, wenn jede Faktion in der Weltaktion ihre Pflicht erfüllt.“

So besaßen also die 10 Sprachen die Führer der 2. Internationale vor dem Weltkrieg. Wer diese Zeilen liest, dem scheinen sie eine eindeutige Sprache zu reden. Und doch sind es eben diese Beschlüsse und Erklärungen, von denen Deutsch behauptet, daß sie und nichts anderes die Faltung der Sozialdemokratie zu Beginn des Krieges bestimmt hätten. Und Deutsch hat recht. Denn schon, als die sozialistischen Führer dieser Resolutionen zustimmten, gaben sie ihnen eine solche Auslegung, die ihrer ganzen Politik, der des Bündnisses mit der imperialistischen Bourgeoisie ihres Landes entsprach. Die Prinzipien, die für die Arbeitermassen den Anführer einer wirklichen Kriegspartei der Sozialdemokratie erweisen sollten, wurden von den Führern von vornherein anders gemeint. Deshalb Deutsch verriet uns dieses Geheimnis in der schon zitierten Schrift:

„Diese Stellungnahme (August 1914) stand nicht im Widerspruch mit dem Programm der Partei, wohl aber verleierte sie die politischen Absichten dieser Parteigenossen, denen der Gegensatz zwischen ihren Auffassungen und denen der Parteiführung bisher gar nicht zum Bewußtsein gekommen war.“

In den Arbeitermassen herrschte heute nach wie vor eine tiefe Abneigung gegen den imperialistischen Krieg. Die Sozialdemokratie ist heute in allen Ländern in der Opposition. Um wieder in die Regierung zu kommen, versucht sie die Massenstimme gegen den Krieg auszunutzen, indem sie sich aufs neue als einziger Hüter des Weltfriedens und Kämpfer gegen den Krieg ausgibt. In der letzten Zeit erhebt die sozialistische Presse aller Länder aufs neue ein großes Geschrei gegen den Krieg. Aufs neue werden große Versprechungen gemacht.

Aber auch heute, wie vor dem Krieg, besteht derselbe Gegensatz zwischen den Auffassungen der Arbeiter, die sich gegen den Krieg setzen, und den Auffassungen der Parteiführung, die heute, wie 1914 bereit sind, die Massen zu veranlassen, sich an die Seite ihrer Staaten zu stellen.“

Der heute noch daran zweifeln sollte, der lese folgende Auslegungen, die Herr Deutsch in der genannten im Verlag der deutschen Sozialdemokratie erschienenen Broschüre macht:

# Wachsender Aufstieg in Sowjet-Rußland

Die wahre Weltpropaganda für den Sozialismus — Dieses Werk will der Imperialismus zertrümmern

Wir bringen hier eine Reihe von Meldungen der bürgerlichen Presse-Agentur „Dis-Expreß“ (D.E.) über die jüngste Entwicklung der Sowjetwirtschaft. Wir entnehmen sie absichtlich einer bürgerlichen Agentur. Die Zahlen sprechen für sich. Sie zeigen den ununterbrochenen Fortschritt des Wirtschaftsaufbaues ebenso wie die Schwere der Last, mit denen man in Sowjet-Rußland zu kämpfen hat. Es geht vorwärts in Sowjet-Rußland!

## Rußlands Ausfuhr im 1. Halbjahr 1926/1927

In der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres 1926/27 (Oktober 1925 März 1927) lag die Ausfuhr Rußlands im Vergleich zum ersten Halbjahr 1925/26 um 23,4 Prozent, gegenüber dem zweiten Halbjahr 1925/26 um 28,1 Prozent. Der Export erreichte in der Berichtzeit 48,5 Prozent des Jahresausmaßes. Ziffermäßig stellte sich der Export wie folgt (in 1000 Rubel):

Gesamterport	1. Halbjahr 1926/27		1. Halbjahr 1925/26	
	über famül. Grenze	über d. europ. Grenze	über d. europ. Grenze	über d. europ. Grenze
Landw. Export	405 642	370 227	300 099	300 099
Landw. Export, ohne Getreide	273 373	273 569	219 948	219 948
Industrieexport	115 333	114 503	140 376	140 376
Getreideexport	127 269	96 358	80 061	80 061

Auf Getreide entfielen vom Gesamtexport 48,3 Prozent gegenüber 44,4 Prozent im ersten Halbjahr 1925/26. Wertmäßig stieg die Getreideausfuhr im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres um 23,4 Prozent. Der gesamte landwirtschaftliche Export stieg um 24,5 Prozent, nach Abzug von Getreide ist jedoch eine Verringerung zu verzeichnen. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte stellte sich wie folgt (in 1000 Rubel):

Getreideprodukte	1. Halbj. 1926/27		1. Halbj. 1925/26	
	darunter: Korn	Saatgut	darunter: Korn	Saatgut
Getreide	106 322	71 501	71 501	71 501
Futter	104 481	64 449	64 449	64 449
Eier	1 838	7 052	7 052	7 052
Fisch	199	391	391	391
Hanf	125	255	255	255
Tabak	1 856	11	11	11
	182	18	18	18

Mitfin betrug die Futtermittelexport um 41,3 Prozent, die Getreideausfuhr 41,8 Prozent, die Fischausfuhr 41,5 Prozent, die Ausfuhr an Seiden um 33,8 Prozent derselben Zeit der gleichen Zeit des Vorjahres. Dagegen stieg die Ausfuhr von Holzwaren um 12,4 Prozent, von Leder um 34,1 Prozent, von Maschinen um 22,2 Prozent, von Metallprodukten um 18,6 Prozent.

Die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen und Stoffen ist um 19,9 Prozent gesunken. Der Export von Kapitalgütern betrug 39,3 Millionen Rubel das sind 30,3 Prozent mehr, als in der gleichen Zeit des Vorjahres, die Zuckerausfuhr 8,4 Millionen Rubel. Der Anteil der industriellen Ausfuhr am Gesamtexport betrug 26 Prozent gegenüber 24,8 Prozent im Vorjahre. Der Gesamtexport Rußlands betrug nach Abzug von Getreide im ersten Halbjahr 1926/27 nur 95,7 Prozent des Exports im ersten Halbjahr 1925/26.

## Rußlands Handel mit England

Nach amtlichen Angaben stellte sich Rußlands Handel mit England in den letzten Jahren wie folgt (in 1000 Rubel, 1 Rubel = 2,44 Mark):

	Ausfuhr nach England	Einfuhr aus England
1923/24	80 726	49 177
1924/25	138 639	110 698
1925/26	107 714	129 167
1926/27 (Vorjahrsfrist)	251 010	178 125

Die Höhe der vom Handelskommissariat für Bestellungen in England entfallenden Einnahmen betrug gegenwärtig 25 Mill. Rubel. Daraus entfallen auf die Metallindustrie und die chemische Industrie 6,1 Mill. Rubel, auf den „Gostorg“ und auf die lokale Industrie 2 Mill., auf die Textilindustrie (Wollstoffe) 11 Mill. Ferner waren nach Angaben des Handelskommissariats bedeutende Aufträge auf Wappenausstattung und Anlagen für das Verkehrswesen, sowie feineste Bestellungen auf elektrotechnische Ausrüstungen und auf Anlagen für Kraftwerke beauftragt.

## Die Einfuhr von Industrieerzeugnissen steigt

Der Gesamtbeitrag des russischen Außenhandels erreichte im April 98 Mill. Rubel gegenüber 97,9 Mill. im März. Die Ausfuhr betrug 49,2 Mill. (57,4 Mill.), die Einfuhr 48,8 Mill. (40,5 Mill.). Die Handelsbilanz war im April im Vergleich mit 402 000 Rubel aktiv gegenüber einer Aktivität von 16,9 Mill. Rubel im März.

Der Rückgang der Aktivität der Handelsbilanz erklärt sich nicht nur durch die Zunahme des Imports, sondern auch durch den Rückgang des Exports.

„Wenn aber trotzdem ein Krieg ausbricht, werden die Arbeiterparteien, eben weil sie zu bedeutsamen Machtstücken im Staate herangewachsen sind, noch schwerer als jetzt bei Ausbruch des Weltkrieges in ihrem Lande ein hartes Los entgegennehmen können.“

Kriege sind eine historische Erscheinung. Wie hoffen, daß die Zeit kommen wird, wo sie es nicht mehr sind, wo die Menschheit sich von dieser furchtbaren Arbeit der Geißel befreit haben wird. Solange das nicht der Fall ist, werden die sozialdemokratischen Parteien nicht umhin können, die Kriege als ein entsetzliches, aber leider unter gewissen Umständen unabweisbares Unglück hinzunehmen.“

Die Sozialdemokratie hat vor dem Kriege versprochen, gegen den Krieg mit allen Mitteln zu kämpfen. Sie hat die Arbeiterklasse zum Kampf mit allen Mitteln zu rufen. Sie hat die Arbeiterklasse zum Kampf mit allen Mitteln zu rufen. Sie hat die Arbeiterklasse zum Kampf mit allen Mitteln zu rufen.

## Die hantauer Truppen melden Erfolge

Der Vormarsch der revolutionären Truppen entwickelt sich an allen Fronten erfolgreich. Der Aufstand von Shaoning ist unterdrückt. Die Eisenbahnlinie von Wuhan und Jichang ist von den Aufständischen gefoltert, von denen ein Teil nach Sibiren geflohen ist und von revolutionären Truppen verfolgt wird. In der Provinz Honan dauert der Vormarsch der revolutionären Truppen nach dem Norden an. Die revolutionären Truppenteile, die Jangtschi besetzt haben, sind weiter vorgezogen.

## Wachsende Bauernbewegung: Landabteilung

Die Bauernbewegung in der Provinz Hupe greift rasant an. Die Anzahl der Mitglieder der Bauernvereine, die im März 300 000 betragen hatte, ist jetzt auf 2 200 000 gestiegen. Täglich werden die Bauernvereine einen Zugang von 24 000 Mitgliedern verzeichnen.

In der Einfuhr stieg der Import für Industrieerzeugnisse auf 48,3 Mill. Rubel gegenüber 35,6 Mill. im Vormonat, mithin um 24,8 Prozent. Die höchste Steigerung weist die Einfuhr von Industrieerzeugnissen auf, und zwar von 8,99 Mill. Rubel im März auf 13,9 Mill. im April. Gegenüber dem April 1926 ist die Einfuhr von Industrieerzeugnissen im Vormonat um 53,3 Prozent gestiegen. Die Einfuhr von Industrieerzeugnissen hat gleichfalls eine Steigerung erfahren. Die Einfuhr von Rohstoffen blieb hinter der im Vorjahre zurück, und zwar infolge der Einschränkung des Importplanes für Rohstoffe.

## 20 Prozent Steigerung der Produktion seit dem Vorjahre

Die Gesamtproduktion der russischen Staatlichen Industrie erreichte im April 354,3 Mill. Rubel, d. i. 3,9 Prozent weniger als im Vormonat. Der Produktionsrückgang wird durch den Ausfall von Arbeitskräften in der Industrie erklärt. Die Produktion der Schwerindustrie ging im April gegenüber dem Vormonat um 6,1 Prozent zurück. Die Kohlenförderung sank um 4,4 Prozent, die Metallgewinnung um 2,6 Prozent, die Metallproduktion um 7,3 Prozent. Einen starken Produktionsrückgang hatte auch die Textilindustrie zu verzeichnen, und zwar um 14,3—18,4 Prozent. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter erreichte 1 888 800. In den ersten Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres 1926/27 (Oktober 1926 bis April 1927) ist die russische Industrieerzeugung im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres um 19,9 Prozent gestiegen.

## Umfassende Bauprojekte

Der Oberste Volkswirtschaftler der Sowjetunion hat neue Richtlinien für grundlegende Instandsetzungsarbeiten und Neubauten in der Industrie erlassen. Danach müssen Bauprojekte dem Obersten Volkswirtschaftler nur dann zur Prüfung vorgelegt werden, wenn die Kosten ihrer Durchführung eine bestimmte Höhe übersteigen, so bei schwarzen und farbigen Metallen 1,5 Millionen Rubel, bei allgemeinen Maschinenbau 1 Million, beim Schiffbau 500 000 Rubel, beim Landmaschinenbau und bei Metallergzeugnissen 300 000 Rubel, beim Bau von Elektrizitätsmaschinen 800 000 Rubel, beim Bau von Zement- und Mauerwerksbauten 1 Million Rubel, beim Bau von Kohlenkraft, „Donogoi“ 1 Million Rubel, bei den Wappfabriken „Aneit“ und „Grosnet“ ebenfalls 1 Million Rubel. Grundlegende Instandsetzungsarbeiten und Neubauten, deren Kosten diese Höhe nicht erreichen, werden zunächst von den Obersten Volkswirtschaftler ohne weitere Prüfung bei der Durchführung des allgemeinen Bauprogramms befristet.

Nach Mitteilung des Leiters der Hauptbaubehörde, Weiskal, sind 237 bekannte russische Professore und Ingenieure zur Mitarbeit vom Staatlichen Institut für die Projektierung neuer Metallfabriken herangezogen worden. Das Institut plant die Errichtung ständiger Vertretungen in Berlin und Rom.

## Eisenbahnbauten in Rußland

Nach Angaben des stellvertretenden Verkehrsministers der Sowjetunion, Borissow, wurden 1923/24 8,5 Mill., 1924/25 14,7 Mill., 1925/26 29 Mill. für Eisenbahnbauten veranschlagt. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1926/27 sind 40,5 Mill. Rubel bewilligt worden. Im kommenden Wirtschaftsjahr 1927/28 sollen für neue Eisenbahnbauten 80 Mill. Rubel veranschlagt werden. Für die nächsten 5 Jahre wird der Bau folgender Eisenbahnen beabsichtigt: Kishin-Komporod-Kelmeisch, Orskan-Debel, Wolodino-Chomskoi, Merka-Apokolosno, Troiz-Cristal, Schults-Batu, Jener-Moskau-Charlow und Saratow-Melitowo.

## Rohlenprogramm eingehalten

Im ersten Halbjahr 1926/27 erreichte die Kohlenförderung in der Sowjetunion insgesamt 1 666 200 Tonnen, d. i. 2,5 Prozent mehr als im Vorjahre. In allen Kohlenrevieren blieb die Arbeitsleistung hinter den Vorjahresstand zurück. Im ersten Halbjahr 1926/27 wurden im Donbass insgesamt 766 Millionen Kubik Kohle gewonnen, d. i. 50,5 Prozent des Jahresplanes.

## (Sprecher.) Wuhan, 19. Mai

In Wuhan beginnt die im Rahmen des deutschen 300-Mill. Rubel-Kredits in Deutschland bestellte Ausrüstung einzutreffen. Dieser Tage traf ein deutscher Jolant eine große Anzahl von Maschinen für die Mechanisierung der Bauarbeiten in der „Textil-Industrie“, ferner Betonmischmaschinen, Drehbänke usw. für insgesamt 100 000 Rubel ein.

## (Sprecher.) Wuhan, 19. Mai

Der „Gostorg“ veranstaltet demnächst eine Musterausstellung mechanischer Ausrüstung für die Kleinindustrie. In der Heimindustrieerzeugung der Ausstellung finden Deutschland, Österreich, England, Frankreich, Dänemark, Italien und die Vereinigten Staaten vertreten sein.

glichen im Durchschnitt. In den meisten Bezirken liegt die Macht faktisch in den Händen der Bauernretreier, in vielen Bezirken sind die früheren Behörden vollkommen beseitigt worden.

Die Bauern stellen die Forderung auf, daß die Ränderer ihnen übergeben werden. In manchen Bezirken stellen die Bauernforderungen die Lösung der Beschlagnahme der Ränderer der Grundbesitzer auf. Neben der Agrarfrage sind die Hauptprobleme der Provinz die Bewaffnung der Bauern und die Schaffung bewaffneter Bauerntrupps, die Schaffung bestimmter Formen der Bauernmacht und die Bildung des Kreditgenossenschaftswesens.

## (Sprecher.) Wuhan, 23. Mai

In Wuhan fanden Protestversammlungen gegen die Verhaftung indischer Revolutionäre in Schanghai unter Mithilfe der Autoritäten statt. Genosse Koo landete an Tsingtaifisch ein Telegramm, worin er darauf hinweist, daß die indischen Nationalisten einen energiegelassen Kampf gegen den britischen Imperialismus führen, der die indischen Truppen zur Unterdrückung der Revolution in China benutzt. Die Verhaftung der Indier auf sinesischem Boden durch sinesische Soldaten und ihre Auslieferung an die britischen Sender sei eine gräßliche Verletzung der Solidarität der unterdrückten Völker, die gegen den Imperialismus kämpfen. Das sinesische Volk werde die Personen, die die Verantwortung für diese Gewalttaten tragen, als Verräter an der Freiheit und als niederträchtige Agenten des Imperialismus betrachten.

## Erfolg des Protokolls im Provoz Sacco und Bangetti

Paris, 24. Mai. Wie „Populaire“ meldet, hat der Gouverneur von anarischen Staaten Walfahrtits angeht des Protokolls der ganzen Welt gegen die beschuldigte Fälschung von Sacco und Bangetti beschlossen, eine neue Unterdrückung unter keinem Vorwand einzuleiten und nochmals alle Zeugen zu vernehmen.

Wahlbeteiligung in Chile. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Wahlbeteiligung in Chile ist Oberst Carlos Ibanez mit einer großen Mehrheit gewählt worden.





# Gewalttame Vorführung der Stadtberatung

## Ein kommunikativer Stadtverordneter für 3 Sitzungen hinausgeworfen — Nur noch fünf Minuten Redezeit Der Bürgerclub schneidet sich ins eigene Fleisch

Der Ordnungsbild hat gestern seine eigene Stadterberatung abgewürgt. Es konnte den Vollerwählter nicht schnell genug gegen die fastlichen Ausführungen unter Genossen zur Schlußfrage stellen hintertrieben werden, und da es für das Kapitel Volksschulen nicht mehr verhandelt werden konnte, stellte der Demotaxi in n e r t, welcher zu diesem Zweck auf einen Augenblick den Vorsitz übernahm, den Antrag, die Redezeit für die gesamte Stadterberatung auf fünf Minuten festzusetzen. Diefem unerhörten Anfinnen war eine große Mehrheit zustimmend, und die Beschlüsse der Stadt gegen den Genossen Kallio, der sich demgegenüber, gefährlichst, die Verarmung, die die Bürgerclubschlechte, ob dieser Stadterordnete, der zwei Ordnungsbild erhalten hatte, auszusprechen sei. Die Mehrheit ermächtigte ihren Vorsteher nachdrücklich mit bereitwilliger Freude zu dieser Genossenmethode. Jeder Protest anderer Genossen wurde mit Verortung und neuen Ordnungsrufen abgewürgt, und der Windersehr Antrag auf fünf Minuten Redezeit fand keine Mehrheit. Wie eine Stadterberatung unter solchen Umständen hätte ausfallen sollen, lag den Ordnungsbildern nicht. Sie wollten überhaupt keine Stadterberatung, sie hatten es nicht für nötig gehalten, bei der Generalbeschlusse für zu betonen, und auch zu den einzelnen Kapiteln treten sie so gut wie gar nicht den Mund auf. Denn das haben sie nicht nötig. Sie arbeiten lieber hinterdemer, nutzen ihre persönlichen und wirtschaftlichen Machtmöglichkeiten im Dunkel aus und verleben unter allen Umständen zu verhindern, daß die großen Korruptionssünden der meisten Teile des Bürgerclubs verhandelt werden. Gemeint ist der Stadterordnete Kallio, der ihnen jetzt wieder sehr viel Kopfzerbrechen macht, ihnen und ihrem Schützling, dem Bürgermeister Sedel. Dieser war es auch, der Herrn Kallio zu seinen brutalen Methoden bewog, er souffierte ihm gerade zu, daß die Beratung doch schneller vonstatten gehen müsse. Wie schön wäre es, so dachte Herr Sedel jedenfalls, wenn über keine Stadterberatung in fünf Minuten hätte hinweggegangen werden können.

Aber diesmal hatten die Ordnungsbildner sich verrechnet. Die kommunikativen und die sozialdemokratische Fraktion verließen unter Protest den Saal; als die präsidentenbühnen Bürgerlichen aufzuzummen glaubten und mit De-Jugendschönheitigkeit unter sich verhandeln und abstimmen wollten, da stellte sich heraus, daß sie — beständig unfähig waren. Betrübt mußten sie nach Hause gehen. Sie hatten gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Statt schnell vorwärtszukommen, blieben sie auf demselben Fleck stehen. Sie hatten sich in der eigenen Schlinge gefangen, die sie gelaufen, der Tinten des Saales legen zu können. Das ist selbst die Tragweite und Unvermeidlichkeit des Windersehr Antrags genau kennbar, hat sich imprudent aus herausgestellt. Schon haben einige Bürgerliche ertragen, das nächste Mal nicht fünf Minuten Redezeit zu bekommen, sondern die fünf Minuten „auszuheben“. Das ist selbstverständlich, doch auch dieses „Zugehörigkeit“ lächerlich und unannehmbar ist. Es kann aber deutlich den lächerlichen Charakter und die Unfähigkeit des Unordnungsbilders charakterisieren.

Um energig gegen die Bergewaltigungsmethoden zu protestieren, ist aber noch eines erforderlich: nämlich, daß die Arbeiterschaft nicht mehr als bisher an den Stadterordnetungsverhandlungen Anteil nimmt. Gerade die Stadterberatung wird den freiesten Schichten der Bevölkerung den wahren Charakter der Bürgerlichen enthüllen, ihre Raffigkeit und Unfähigkeit, ihre Arbeiterfreundlichkeit und ihre Freigebigkeit.

### Sitzungsbericht

Die heutige Stadterberatung begann mit dem Referat der Genossen Jilgenstein über die Volksschulen für den Schulhaushalt.

Die Schulbesitzer nehmen jedes Jahr bei den Stadterberatungen einen besondern Raum ein. Die verschiedenen politischen Parteien haben auch jede bestimmte Ziele in Schlußfragen. Die Entscheidung des Schulhaushalts vom Schulhaushalt zum Industriestaat brachte durch die Bürgerliche Resolution von 1898 eine heftige Opposition auf dem Gebiete des Schulwesens. In Artikel 29 der Verfassung der Stadt von 1890 wurde denn auch ein Verbot verhängt, welches das gesamte Schulwesen regeln sollte. Trotz der verschiedenen Versuche ist ein bestimmtes Gesetz bis heute noch nicht zustande gekommen. Seit 1918 ist zu den bis dahin vorhandenen Schulinteressen noch ein harter Unterschied hinzugekommen, das ist die Organisierung der Arbeiter in die Stadtverwaltung. Die Arbeiter hier der Kampf gegen das Recht der politischen Vertretung der Arbeiter in der Schulverwaltung. Heute ringen fast alle politischen Parteien um die Schule.

es ist der Kampf auch um die Macht im Staate.

Diese Materie in einem Geleise zu einem einheitlichen Ganzen zu formen, wird in einer durch Klassen scharren Gesellschaft wie der heutigen, nie möglich sein, ohne einen Teil des Volkes zu unterdrücken und damit den Kampf zu verdrängen. Auch das neue Schulhaushalt wird den Kampf um die Schule erst recht entfachen, sobald bekannt gemacht worden, daß es nur ein Rahmengericht werden soll.

Das heutige Schulwesen hat als geistliche Behörde eigentlich nur das Schulministerium unterstellt und das Grundschulgesetz. Rühmend hat erstere die Schulpolitik nachher und der Bürgerlichen Gemeinden die Erziehung und Unterhaltung mit staatlicher Hilfe und Aufsicht überließ, fordert das Grundschulgesetz den Schulung und macht die Volksschule und die Fortbildungsschulen zu Staatsanstalten, deren Kosten allerdings zum größten Teil durch die Gemeinden aufgebracht werden müssen. Zur Frage der Lehrerbildung geht Genosse Jilgenstein auf den Antrag der A.B.-Fraktion ein, der für jede Stelle die Beförderung der Lehrer aus Staatsmitteln verlangt, und einen Antrag der S.D., der Herabsetzung der Lehrlingszahl von 60 auf 40 fordert. Dann kommt er zu dem Vorschlag des Stadterordneten Kallio, der sich demgegenüber, gefährlichst, die Verarmung, die die Bürgerclubschlechte, ob dieser Stadterordnete, der zwei Ordnungsbild erhalten hatte, auszusprechen sei. Die Mehrheit ermächtigte ihren Vorsteher nachdrücklich mit bereitwilliger Freude zu dieser Genossenmethode. Jeder Protest anderer Genossen wurde mit Verortung und neuen Ordnungsrufen abgewürgt, und der Windersehr Antrag auf fünf Minuten Redezeit fand keine Mehrheit. Wie eine Stadterberatung unter solchen Umständen hätte ausfallen sollen, lag den Ordnungsbildern nicht. Sie wollten überhaupt keine Stadterberatung, sie hatten es nicht für nötig gehalten, bei der Generalbeschlusse für zu betonen, und auch zu den einzelnen Kapiteln treten sie so gut wie gar nicht den Mund auf. Denn das haben sie nicht nötig. Sie arbeiten lieber hinterdemer, nutzen ihre persönlichen und wirtschaftlichen Machtmöglichkeiten im Dunkel aus und verleben unter allen Umständen zu verhindern, daß die großen Korruptionssünden der meisten Teile des Bürgerclubs verhandelt werden. Gemeint ist der Stadterordnete Kallio, der ihnen jetzt wieder sehr viel Kopfzerbrechen macht, ihnen und ihrem Schützling, dem Bürgermeister Sedel. Dieser war es auch, der Herrn Kallio zu seinen brutalen Methoden bewog, er souffierte ihm gerade zu, daß die Beratung doch schneller vonstatten gehen müsse. Wie schön wäre es, so dachte Herr Sedel jedenfalls, wenn über keine Stadterberatung in fünf Minuten hätte hinweggegangen werden können.

Die Klassenverhältnisse der Volksschule sind immer noch über 50.

Wenn auch die Durchschnittszahl 43,8 ist, sind doch von den 200 Klassen 145 mit mehr als 44 besetzt. Sogar die Förderklassen für schwachbegabte Kinder sind von den 15 über den Durchschnitt besetzt. Ebenso ist die Besetzung der 70 gemischten Klassen (10 mit Knaben und Mädchen) die größte über dem Durchschnitt. Der Schulhaushalt ist deshalb unbedingt nötig.

**Seine Beiträge an die Landesparlamente**

Nachdem der Stadterordnete Splett den Bericht für den Jahreshaushalt gegeben hatte, ergriff Genosse Kallio auf Volksschule das Wort. Zu Beginn seiner Ausführungen lenkte er ausdrücklich den Blick auf den Staat. Die Schulen erfordern

nächst dem Kapitel soziale Fürsorge den größten Aufschub im Etat, aber es muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Städte die letzte Schulpolitik verantworten können. Von allen Vordrängen in Bezug auf die Schulreform ist nicht übriggeblieben. Aber ist die Weltlichkeit der Schule eingeführt worden, noch wurde der Wille der Beschlüsse ermöglicht, noch sind die Privat-schulen beibehalten worden. Diese beiden in Ausübung (sogar immer weiter ausgenommen). Die bestehende Klasse weiß, daß eine durchgreifende Bildung der unteren Schichten ihr notwendig ist. Deshalb verließen die Arbeiterkassen die Volksschulen. Auf hundert Kinder von Regulieren kommen 2, 3, 4 höchstens 5 Kinder der unteren Schichten. Und das, obwohl es allein in Bremen 30 000 beschäftigungslose Jung-lehrer gibt.

Gerade jetzt droht den Schulen eine ungewohnte Gefahr durch das kommende Reichsschulgesetz und das Kontordat.

mit denen nichts anderes erreicht werden soll, als den Einfluß der Kirche auf die Schule vollständig zu beseitigen. Auf diese Gefahr haben wir durch unsere Anwesenheit, und wer der Meinung ist, daß die Volksschule weiter existieren muß, wer größere Mittel für die Bewältigung wissen will, der muß unbedingt diesem Antrag zustimmen. Alle reaktionären Angriffe in der Gegenwart und Zukunft auf die Schule müssen zurückgeschlagen werden. Im Band der heftigen Verteilungsschicht weist Genosse Kallio nach, daß es den Kindern der kleinen Beamten und Arbeiterfamilien immer weniger möglich wird, eine höhere Schule zu besuchen, von Arbeiterkindern gar nicht zu reden.

Nur, wenn Kinder aus Arbeiterkreisen als Schüler höherer Schulen in Halle verzeichnet.

In Bremen liegen die Verhältnisse noch ungunstiger. Auch an die Aufhebung der Privatschulen acht man in Halle nicht heran. Die solche Schulen fehlende Kinderzahl ist ständig im Steigen. In Berlin werden solche Privatschulen von der Stadt einfach nicht mehr beachtet und dafür öffentliche Schulen gebaut. In welcher Weise sich gerade die hoch für die öffentliche Einbeziehung gewöhnt, was aus dem finanziellen Aufwand hervor, der für sie betrieben wird.

Auf den Kopf eines höheren Schülers kommt zweifelhafte mehr Aufwand als auf den Kopf eines Volksschülers. Und doch müssen die arbeitenden Klassen die Steuern für sämtliche Schulen aufbringen.

In Halle werden heute noch dazu eine Menge Schulräume für Nichtschulzwecke benutzt. Das muß endlich aufhören. Bureau und sonstige Einrichtungen müssen in andere Gebäude verlegt werden. Deshalb haben wir auch unsere Zustimmung zur Errichtung eines neuen Verwaltungsgeländes gegeben. Ein anderes Kapitel vom Zustand unterer Schulen ist die Brühlstraße, die immer noch von morden Lehrern angewandt wird. Vor allem von solchen mit militaristischer Gesinnung. (Zuruf: Ausmarsch der Volksschule!) In den Weiblichen Schulen nimmt Genosse Kallio ebenfalls kurz Stellung. Im Hinblick auf unsere prinzipielle Einstellung zu diesen Schulen hebt er hervor, daß sie keineswegs geeignet sind, den proletarischen Komplexen zu sein, besonders da es auch dort noch eine Menge Bekräftigte gibt, die den existierenden Schritt, Ausritt aus der Kirche, nicht vollziehen. Wir fordern gewiß das Erreichen von proletarischen Eltern, auch dieser allgemeinen Schulreform herauskommen, aber daß diese Art Schulen dafür nicht geeignet sind, beweist ihr Rückgang gerade in den Städten Weiblichens, wo solche Schulen bereits seit Kriegsende bestehen. Der Kampf muß geführt werden

um die Weltlichkeit aller Schulen, gegen das drohende Reichsschulgesetz und das Kontordat.

Unter Antrag, die Rollen an die Landesparlamente nicht abzuführen, hat bei verschiedenen Stadterordneten Entschien ergriff. Aber die Städte haben keinerlei Verpflichtung mehr, solche Summen an den Staat abzuführen, da sie faktisch keinen Einfluß auf den inneren Betrieb der Schulen ausüben können, aber doch vom Staat bestimmt und die Städte dürfen nur die Gebäude unterhalten. Den Städten erwächst eine ganz andere Aufgabe: nämlich

die soziale Fürsorge der Schulbesitzer zu übernehmen.

Damit sieht es in Halle besonders schlecht aus. Deshalb stellt die kommunikativen Fraktion folgenden Antrag:

- a) Die Nr. 9, An die Landesparlamente, Beitrag zu den Volksschulen, in Höhe von 1 684 300 RM, zu kürzen;
- b) den erpariten Betrag folgendermaßen zu verwenden: 1. Nr. 10, Hilfskassen, Vertretungsstellen zu erhöhen um 105 500 RM, auf 350 000 RM;

# Stahlhelm überfällt Jungarbeiter und Frauen

Die Eroberung Berlins ist dem Stahlhelm am 8. Mai nicht gegliedert, aber seine Hintermänner lassen nicht locker. Sie wollen die Macht auch in Mitteldeutschland wieder auf Erobrung ausüben. Zu diesem Zweck hat die berüchtigte Stahlhelmpresse eine uns vorliegendes Flugblatt herausgegeben, mit dem die Arbeiter in den Betrieben gefordert werden sollen. Es ist diesem Gesindel ja nicht schwer, Flugblätter in den Betrieben zu verteilen, denn solche Art Propaganda lassen sich die Unterführer, die sonst immer einmüde bei den Arbeiter, die Gewerkschaften dabei wollen, nicht zu genüge gefallen. Das Flugblatt trägt die verheißungsvolle Überschrift:

### „Erkennt die Wahrheit“

Es steht aber nicht ein fünftändiges Wahrheits drin, sondern nur die üblichen schwarzweissen Phrasen, die mondmal arbeiterfreundlich klingen, im großen und ganzen eine einzige Dege gegen das Halbeschloßer Material bastieren. Da wird zum Beispiel gesagt: „Sünger, Elend und Arbeitslosigkeit brachte die rote Revolution.“ Wir müßten nicht, daß wir am 9. November eine „rote Revolution“ gehabt haben, aber wer am Sünger, Elend und Arbeitslosigkeit schuld ist, darüber können die Leopold und Kontordaten, die mit einem Zeit ihres Vorgesetzten, die Volksschule und seine jama. Weibliche ausbilden, die beste Auskunft geben. Das Anterellente am dem Flugblatt, das politisch bestimmt kein Mensch mehr ernst nehmen wird, ist jedoch die auch in den reaktionären halbfischen Zeitungen immer wiederkehrende Behauptung, daß die Arbeiter gegen den armen Stahlhelm mit Terror und Gewalt vorgingen, daß Überfälle auf die wackeligen, so to biederem Stahlhelmer verübt wurden, daß „Kämpfe und Totschläger“ gegen den so freibewilligen Stahlhelm gemanant wurden.

Wer in Wirklichkeit Terror und Gewalt ausübte, wer Überfälle provozierte und wer Kämpfe, Knüppel und Totschläger zu seinem Hauptwerkzeug erkor, das geht aus den feigen Überlieferungen hervor, die in den allerersten Tagen der Stahlhelmer unter-sommer wurden. Nicht nur gegen die Frontkämpfer, sondern auch gegen Jungarbeiter sichten sich diese Knüppelmethoden. Und selbst Frauen werden davon nicht verschont.

- 2. Nr. 11, Besondere Unterförsterstellen zu erhöhen um 13 000 RM, auf 25 000 RM;
- 3. eine neue Nr. 24 einzufügen: für Errichtung einer Schulhelferinnen . . . 150 000 RM, für gesundheitliche Fürsorge an erkrankte, gefährdete, arme Volksschülerinnen einschließlich der Lieferung von Heil- und Stärkungsmitteln . . . 250 000 „ für Erholungsurlauben . . . 200 000 „ für gesundheitliche Fürsorge an erkrankte, gefährdete, arme Volksschülerinnen . . . 200 000 „ für Versorgung dieser und anderer bedürftiger Kinder mit Kleidung, Wäsche usw. . . 100 000 „ für Errichtung (oder Verkauf) einer Erholungsstätte im Gebirge oder an der See . . . 200 000 „ zusammen: 900 000 RM.

- Demer Erhöhung einzelner kleiner Positionen und
- 8. Nr. 27, Unterförsterstellen zu erhöhen um 100 000 RM, auf 164 000 RM;
- 9. Nr. 15a, zur verkürzten Reinigung der Schulräume den Anhalt zu erhöhen um 42 000 RM, auf 100 000 RM;
- 10. Nr. 34, Schulhausaufbaukosten zu erhöhen um 464 286 RM, auf 864 286 RM.

Das Elend unter den halbfischen Arbeiterkindern ist besonders groß. Ihre körperliche Zurückgebliebenheit, die folgende Ernährung führen, daß viele mit 14 Jahren nicht das Gehalt der Volksschule erreichen. Gerade für diese Kinder muß ausserordentlich georgt werden. Sie brauchen Erholungsurlauben, und die Städte muß auch dafür sorgen, daß solche Kinder mit Kleidung besorgt werden. Die Lehrer gemeinsam mit den Elternbesitzern müssen diese Frage regeln, sie darf nicht der Armenfürsorge und den Damen vom Gemeinamt überlassen bleiben. Wenn der kommunikativen Antrag Annahme findet, wenn die Landesparlamente die geforderte Summe nicht erhält, dann läßt sich auf all diesen Gebieten eine durchgreifende Hilfe schaffen. Auch der Schulhaushalt, der sehr kümmerlich ist, wird dann erheblich gehieft, und die neuen Schulen, die das Alternontwendige sind, können endlich gebaut werden.

Wir wollen die Schule sichern gegenüber der Reaktion, wir wollen, daß eine soziale Schulpolitik betrieben wird, indem wir die nötigen Mittel dazu bereitstellen. Wir müssen als Stadt den Mut haben, auch gegen die Geisse vorzugehen. Und daß wir mit unserer Forderung hier nicht allein leben, beweist ein Antrag aus dem Preussischen Landtag, die Steuererhebung der Volksschulunterhaltung sei in dem Sinne vorzunehmen, daß die gesamten verarmten Volksschulkindern auf den Staat übernommen werden. Dieser Antrag wurde von den Deutschnationalen gestellt. Wir als Stadt Halle müssen auch hier versuchen, den Durchbruch zu erzielen.

Als Genosse Kallio seine Ausführungen beendet hat, verläßt der Vorsteher, die Verammlung zu einem schnelleren Beschlußstempeln anzuheben. Als Genosse Splett dagegen Widerspruch erhebt, erhält er drei Ordnungsrufe, und dann folgt die sofortige Vertagung des Ausschusses auf drei Sitzungen.

Für die Sitzung der SPD, ergibt nunmehr der Stadterordnete Wille das Wort, dessen Ausführungen darin gipfeln, daß die Fraktion der SPD, die sozialdemokratischen Anträge bekräftigt habe und daß es das folglich nicht mehr zu tun brauche, denn die vielen in Haushaltberichten und Vordrängen bereits veröffentlichten Anträgen sind als angenehm herauszugeben.

Ein Satz des großen kommunikativen Antrags, daß beim Stadterberatung ein gemeinsames Vorgehen der angehörigen Städte in der Volksschule auf wesentliche Erhöhung der Staatsausgaben für die Volksschulen anzuheben. In der zweiten Teil des Antrages, der prinzipiell gegen die Bürgerbelagerung und ihre reaktionäre Schulpolitik gerichtet ist, wird abgelehnt. Angenommen wird ferner ein Teil eines sozialdemokratischen Antrages gegen das Kontordat und die Forderung nach Senkung der Klassenfrequenz auf 40 Schüler. Angenommen wird auch die Forderung nach freier ärztlicher und schulärztlicher Behandlung der Volksschüler. Unter den einzelnen Positionen werden hier und da noch Veränderungen vorgenommen, dafür aber lehnt die Bürgerbelagerung die Bewilligung einer bestimmten Summe für Errichtung von Hauslehrern in den Volksschulen ab. Man nimmt eine partielle Resolution an, die dem Antrag anhängig ist, die Einrichtungen vorzunehmen und die im übrigen nichts folgt. Bemerkenswert ist noch der Bescheid, daß in Zukunft das Schulgeld für alle Schulen nicht mehr von den Schülern selbst erhoben werden soll.

Der Windersehr fünf-Minuten-Antrag führt die Beschlusseinsparlichkeit des Saales herbei. Am Montag wird sich zeigen, welche Folgen die Abmüdigungsmaßnahmen der Ordnungsbildner gezeitigt haben.

Aus den uns zugegangenen Meldungen der letzten Tage veröffentlichen wir die Aufzucht eines jungen Arbeiters:

Als der Zug der Stahlhelmer gegen 3/8 Uhr abends aus der Weide in die Stadt zurückgekehrt, ging der Genosse S. aus Weide mit einem anderen Genossen über das Kontordat zum „Volkspart“. Ohne daß irgendeine Bemerkung gefallen wäre, droht die Stahlhelmer aus dem Zuge, als sie in dem Genossen am Abgehen einen Kommunisten erkannten. Ein Stahlhelmer überfiel den Genossen von hinten und verlor ihn mit der Faust einen Schlag gegen den Kopf. Die Sps befand sich in unmittelbarer Nähe des Sozialen.

Ein Arbeiterfrau berichtet über den teuflischen Helldemut: Ein Arbeiterkamen zwei 13jährige Jungen vorbei, die sich über den Stahlhelmaufzug ärgerten, was ein Abteilungsleiter gezeitigt hatte. Er wollte aus dem Zug springen und rief: „Schau auf, Junges, wenn ich hintenau, kriegste ich in die Presse!“ Aber schon hatte einer aus dem Zuge die Absicht seines Führers vernommen, als er, ohne zu wissen was der Junge gezeitigt hatte, aus dem Zuge sprang und bei den Jungen in die Luft schlug. Die Freude war natürlich bei den anderen nicht gering, als man am Zug vorüber und blieb an der Bromenade stehen, wo meine Angehörigen standen. Als der Stahlhelmer, der geschlagen hatte, kam, zeigte ich ihm meinen Bekannten, aber ich hatte einen gebürt, was ich sagte, sprach aus dem Zuge, und ich hatte ebenfalls eine Ohrspeiche. Ich habe zwar nicht geloben, daß ein Mann eine Frau der Weide über den Zug bereit und mich mit mir bis zum Ende, die Freude war natürlich eine große Keiteler los, indem sich mehrere Stahlhelmer auf uns stürzten. Besonders Herorragendes leistete ein einarmiger Abteilungsleiter,

indem er eine kleine Frau dormalen traf, daß dieselbe eine ganze Weile Krämpfe hatte und auf der Straße lag. Ich wollte mit dem Namen des Tapferen feststellen lassen, aber der Schwabbeamt hatte nicht die Macht, dies sofort zu tun, da er vor der Auslösung des Zuges den Namen feststellen. Auf dem Wege durch die Königsruhe betritt der Stahlhelmschlag eine Lat ganz gehörig. Und auch der Schwabbeamt mußte auch zu seinem Ent-

# Ein König der Betrüger

Man hören, aus was für seltsamen Elementen der Stahlhelm besteht. Er selbst gab mit den Rat, als man mich mit den Worten bedrohte: 'Schlagt sie in die Kniele, daß der Kopf daneben fliegt', 'Seien Sie doch ruhig, hier ist ja eine heillosen Verhältnisse'. Und doch bin ich mit ihm zum Frontkampfe, was natürlich unter seiner Stahlhelmschirmung zu verstehen ist. Dem Schutzelementen wurde keine Nachforschungen die Antwort zuzuführen. Der ist leicht fort, und Sie können froh sein, daß Sie noch zwei Jahre haben. Sie sehen sich hier gar nicht drum zu kümmern, denn das Weib hat immer geschlagen! Als mir unvorsichtiger Sache wieder umföhrten wurde, wurde mir noch nachgehört:

**Man, da kann der „Kampfkampf“ morgen wieder Geld verdienen!**  
Die größte Freiheit aber leisteten die Stahlhelmer am Sonntag in der Nähe der Döberitz See. Dort hatte der Reichswehrminister des R.A. Gaußprobe. Beim Rückmarsch mußte er am „Reichswehr“ vorbei, wo der Stahlhelm Gouarnell hatte. Während der Spielmannszug vorbeiging, wurde ein R.A. Beobachter angeschlossen und von den Stahlhelmen ins Gefecht geschlagen; auch eine Arbeiterfrau und ein Schüler wurden von ihnen angefallen, und nun war es selbstverständlich, daß die roten Frontkämpfer gegen die Stahlhelmer einwirkten.

Denn der Stahlhelm war in einer Anzahl von 1000 Mann vertreten, während es nur 80 rote Frontkämpfer waren.  
In welcher Weise die Stahlhelmer provoziert hatten, und mit welcher Rohheit sie gegen die R.A. Kameraden nunmehr vorgegangen, beweist die Tatsache, daß sogar die Sumpfe gewonnen war, gegen den Stahlhelm eingedrungen. Gerade dieser Mißstand dürfte wohl der beste Beweis dafür sein, auf welcher Seite die Frontkämpfer zu stehen waren. Deshalb ist auch die von der „Allgemeinen Zeitung“ hündig nachgedruckt Notiz der Stahlhelm-Freiwille Peter Schwindel, in der von einem Überfall der roten Frontkämpfer auf den Stahlhelm die Rede ist. Es wäre ja auch sehr merkwürdig, wenn 1000 Mann von 80 überfallen werden könnten.

Diese Vorfälle der letzten Tage verdienen die höchste Aufmerksamkeit seitens der holländischen Arbeiterkraft. Es darf nicht gebuldet werden, daß einzelne Arbeiter und Frauen von den Rüstlingen überfallen werden. Es darf erst recht nicht gebuldet werden, daß diese Streikbrecherorganisation sich wieder in den Betrieben manig macht.  
Der Pfingstaufmarsch des R.A. in Berlin muß so wichtig werden, daß er dieser Schutzgarde des Unternehmertums im ganzen Reich die politische Antwort auf seine Provokationen gibt.

## Hallische Tageschronik

**Die Mutter**, das unübertreffliche russische Filmmittel. Letzte Aufführungen heute und morgen (Donnerstag) im Theater, Leipziger Straße. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin veräume, dem Film zu behüden. Heute, Mittwoch, 4 Uhr, zahlte Erwerbslose 50 Pf. Eintritt.

**Beilegung der Wohnungsgülden.** Wie das hiesige Wohnungsamt mittelt, ist ein großer Teil der von den Wohnungsgüldenden zur Ausfüllung abgehobenen Meldebogen bis zum 23. Mai 1927, dem zur Abgabe vorgegebenen Termin, nicht zurückgegeben worden. Allen Wohnungsgüldenden, die auf Verstellung ihres Wohnungsanspruchs Wert legen, kann nur dringend geraten werden, nun eiliglich die ausgefüllten Meldebogen im Wohnungsamt, Hoher Berlin 11, Erdgeschoss, Zimmer 1, zurückzugeben.

**Kurssturz und Feuer.** Am 24. Mai gegen 11.15 Uhr nachmittags wurde die Feuerwehrr nach einem Grundstücken in der Sachstraße gemeldet, wo im Keller einlage Kurzschlusse der elektrischen Leitung ein Brand entzündet war. Nach einhalbstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehrr wieder abdrücken.

**Heeresentlohnung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresentlohnung für den Monat Juni findet beim Postamt 2, Thielertstraße 2a, wie folgt statt: am 27. Mai für die R-Rente empfangen, am 3. Mai für die H-Rentenempfangen. Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Am 20. und 31. Mai für die Wadstätter.

**Verhängene Willkür.** Am 24. Mai gegen 11 Uhr vormittags löste sich in der Werderburger Straße an einem Personellenwagen, welcher eine Jagdmachine überfahren wollte, die Besatzung eines Hinterrades. Der Kraftwagen geriet ins Schleudern und fuhr gegen einen entgegenkommenden Willkürwagen, wobei dieser erheblich beschädigt und die im Wagen befindlichen Willkürbesitzeren geschlagen wurden. Die Führerin des Willkürwagens und ihre Begleiterin wurden vom Sitz geschleudert und erlitten Bauschüttungen am Kopf. Der Willkürwagen wurde ohne Schaden davon. Der Kraftwagen wurde leicht beschädigt.

Ein echter deutscher Beamter von allem Schrot und Korn, so wie er von nationalen Kreisen immer gelobt und gefeiert wurde, ein Beamter, der das verurteilte Königreich Wilhelm des Ausreißers geachtet hat, hand als Reichsdirektor des Betrages vor dem hiesigen Schöffengericht.  
Es handelt sich um den schon älteren Magistratssekretär Wilhelm Müller, der zuletzt in Magdeburg angestellt war und dort wegen seiner diesfälligen Betrügerei unangenehm, aber mit Verschonung von dem Schöffengericht zu verurteilt worden. Dem Gausenpaar wurden nicht weniger als 71 Betragsfälle zur Last gelegt und nachgewiesen.

Müller war früher ein sehr wohlhabender Mann. Seine Frau brachte ihm ein Erbe von mehr als 50 000 Mark ein. Das war demnach vor dem Kriege und auch noch während des Krieges schätzlichen Geldes. Dazu erhielt er einen recht ansehnlichen Gehalt. Dennoch mußte der Angeklagte das Geld zu vermissen. Er ließ sich auf Börsenspekulationen ein und verlor in kurzer Zeit sein gesamtes Vermögen. Nun hätte ihm sein Gehalt noch immer ein sehr bequames Leben gesichert. Müller wollte aber schließlich Millionär werden und so spekulierte er weiter. Er ließ sich dabei sein Geld mehr und darum verschaffte er sich dann durch absichtliche Schwindel immer neue Mittel, die auch immer wieder drauf gingen.

Schon vor dem Kriege wurde er wegen Betrügereien wiederholt vorbestraft und schließlich 1911 verurteilt. Aufstand hierbei ist, daß er trotz seiner permanenten Mißfalligkeit niemals mit einer Freiheitsstrafe bestraft wurde. Ersetz verhängten die Gerichte über ihn Geldstrafen.  
Ein belächter Trid des Angeklagten bestand darin, daß er Anierate aufgab, in denen er Geld suchte oder solche Anierate beantragte. Diesen Trid hat er auch in Halle angewandt. Er fand hier 71 verurteilende Urteile, die ihm Geld liefen. Beträge von 100 Mark aufwärts bis oft weit über 1000 Mark. Die Verurteilung der einzelnen ergründeten er immer darunter sehr Minuten.

Von 1924 bis 1925 hat er sich 50 000 Mark erschwindelt.

Der Angeklagte und dessen Ehefrau neben die Straftaten, auch in ihrem Umfange nach, im wesentlichen zu. Sie müßten sich einmal damit entschuldigen, daß ihre Notlage sie zu den Betrügereien veranlaßt habe. Berücksichtigt man aber, daß Müller aus seiner Pension und einer Mißfalligkeit noch heute eine wöchentliche Einnahme von mehr als 60 Mark hatte, daß hierzu noch ein gewisser Lebensbedarf kommt, dann kann man diesen Grund für ihn schmerzlich gelten lassen. Seine Frau gab sich redliche Mühe, den Angeklagten als geistlos zu erklären. Ein hierüber verurteilter Scherzschänder erklärt aber mit aller Bestimmtheit, daß sich keine Spur einer solchen Krankheit feststellen ließe, und daß der Angeklagte vollkommen Herr seiner Sinne sei und gewollt sei.  
Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Witwe früherer Richter diesen königlich preussischen Beamten a. D. erst sicher gemacht und ihn zu den erneuten Betrügereien veranlaßt hat. Der hier behandelte Fall war jedoch so absurd und ungemessen umfänglich, daß die holländischen Richter den Angeklagten nun doch etwas energischer entlassen müßten.

Müller wurde zu einer Zwölfmonatsstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt, während seine Frau mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten davonkam.

Ein schönes Kellnerpferd für unsere Konfession!

## Wenn man kein Beamter der wilhelmischen Zeit ist

und sich sein Brot in harter Arbeit als Mauerer oder Arbeiter verdienen muß, dann hat man auch seinen Anspruch auf Witde. Das Gesetz verbietet in solchen Fällen Witde und nicht „Mißfalligkeiten“, unter denen kein Richter ein Urteil fällt, wenn die zu Verurteilenden der arbeitenden Bevölkerung angehören.  
Zwei junge Mauererburden hatten in einem Hause eine Arbeitsgrube auszubehren und mühten zu diesem Zwecke auch durch den Keller des Hauses. Hier nahmen sie nichts, als eine Gelegenheit wahr. Sie entleerten eine Litrone und nahmen aus einem Weinrotter sechs holländischen Wein, die sie entwurten.  
Es handelt sich bei den noch sehr jungen Angeklagten mehr um einen Dummheitsverbrechen. Trotzdem — und obwohl die beiden

Angeklagten für Vergehen unnummern undgaben und im übrigen den denbar besten Eindruck machten — behandelte man sie nicht mit derselben Milde, wie man sie dem oben erwähnten Engrößen-Betrüger, bei dessen ersten Taten, gegenüber gezeigt hätte. Sie wurden zu der „Mißfalligkeit“ von je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die „Witde“, die man diesen Angeklagten dadurch zu erwirken schien, daß man ihnen bei Zahlung einer Geldbuße die Strafe für die Dauer von drei Jahren aussetzt, wirkt gegenüber der Witde für den oben genannten Berufsvertrüger geradezu grotesk.

Folgendes grobe Rechenexempel vermag in drastischer Weise am besten den anscheinlichen Unterchied der Bestrafung zu illustrieren: Wenn für ein Objekt im Werte von 22 Mark eine Gefängnisstrafe von drei Monaten verhängt wird, müßte für einen Wert von 50 000 Mark, wie ihn sich der Angeklagte Müller verschaffte, in gleicher Rechnung eine Strafe von

6816 Monaten gleich 568 Jahren Gefängnis verhängt werden.

Man kann nicht einwenden, daß der Diebstahl von sechs holländischen Wein aus einem verfallenen Keller schwerer zu bestrafen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Bei diesen Angeklagten handelt es sich um junge, noch nicht verheiratete Arbeiter. Bei dem Angeklagten Müller aber um einen alten, gelähmten, erkrankten Beamten, der Vermögen und ein sehr hohes Gehalt hatte, sehr häufig wegen frimmler Verbrechen verurteilt war und dennoch diesen ungleichen Betrag ausübte. Welcher Fall also wiegt schwerer?

Nur ein Mann kann anstandslos solcher Juristerei noch von objektiver Gerechtigkeit sagen. Wir müßten, daß es nur ein Schöffengericht gibt, das sich gegen die Bestrafen richtet. Darum:  
**Kampf dieser Justiz und ihren Gesetzen!**

**Die Hausbesitzer wollen Mittelalter.** Trotzdem wiederholt in den Tageszeitungen auf die fehlenden Kräfte zum Umbau der Grundstücksverhältnisse hingewiesen wurde, ist im Monat April nur in 57 Grundstücken die unmittelbare Mißweisung der menschliden Abgänge nach dem Strafenfall durchgeführt. Eine sehr erhebliche Anzahl von Grundstücken mit Wasserleitungen (streitliche Klagen) muß daher noch bis zum 31. Dezember 1927 in den Kanal angefloßen werden. Eine Verlingerung des festgesetzten Zeitpunktes kann im Interesse der öffentlichen Gesundheit nicht stattfinden. Die Grundstücksbesitzer werden von der Teildauerverwaltung erneut aufgefordert, die unmittelbare Mißweisung der Abgänge in ihren Grundstücken einzuleiten zu lassen.

**Die ersten Kirchen wurden auf dem Dienstags-Wochenmarkt festgehalten.** Sie sind noch auf Stäben gebunden und sollen in Süd einen Biennig. Also noch nicht für gewöhnliche Sterbliche, sondern nur für schwerverdienende Kapitalisten.

**Arbeit für die Feuerwehrr.** Am 23. Mai gegen 12 Uhr mittags rühte die Feuerwehrr nach der Konfession aus, wo sich an einem Grundstücken Behälter und nun gelöst hatten und die auf die Straße zu fallen brachten. Durch die Feuerwehrr wurde die Gefahr nach etwa vierstündiger Tätigkeit beseitigt.

**Wohnung, Zimmerer-Jugend!** Wer an dem Jugendtreffen am Sonntag in Leipzig teilnehmen will, muß sich bis spätestens Freitagabend an dem Verbandsbüreau am Platz melden.

**Kollektant.** Der Deutsche Arbeiter-Kriegs-Bund hat morgen, Donnerstag, im großen Saal des Frühlings-Palastes, in den unteren Räumen im Familien-Festlorenz.

**Modernes Theater, Neue Promenade 8.**

Wie wessen nochmals auf den vorläufigen Mißspielplan hin, der gegenüber der ersten Hälfte noch reichhaltiger geworden ist. Die Künstler Marzillian, Scherbert, Hannes Richter und Wieselstein sind eine Klasse für sich, die man gehört haben muß.

## Briefkasten

**Krankenhauses-Beschwerde.** Anonyme Einwendungen können nicht veröffentlicht werden, auch wenn sie sachlich gehalten sind. Adressenangabe kann nachträglich gemacht werden.

# Der goldgelbe Tabak

— sein würziger Duft —

ist ein äußeres Zeichen der besonders hohen Qualität unserer neuen Lessing

# „Mussaf“

Beachten Sie ausserdem die sorgfältige, gleichmässige Arbeit dieser neuen Zigarette, ihre geschmackvolle Verpackung und Sie werden sagen, daß Lessing Mussaf sechs Pennige wert ist. Dieser Eindruck steigert sich zur festeren Überzeugung, wenn Sie Lessing Mussaf rauchen!  
Eine herrliche Zigarette werden Sie ausrufen.  
Keine andere kommt ihr gleich, behaupten wir, denn Lessing Mussaf kostet nur



• CIGARETTENFABRIK-LESSING & CO. • FRANKFURT-AM-MAIN-EGGR-1878 •







# Bitterfeld-Wittenberg

## Industrie und Kommunen

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie außerordentlich stark die Abhängigkeit und das Fortschrittsverhältnis von Städten und Gemeinden von der Industrie ist, davon ist im Januar 1920 erschienene Denkschrift des Reichesverbandes der deutschen Industrie Zeugnis abgelegt. In dieser Denkschrift sind die Forderungen der deutschen Kapitalisten formuliert, die die die an der Finanzgebunden der Kommunen helfen. Diese Forderungen sind auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung, das ist die Generalparole, die die wichtigsten Forderungen herausgegeben haben. Aufschluß über den vergangenen Jahre in Halberstadt (Halbesungen) Städtetages wurde eine vom Magdeburger Stadtrat W. Böhme herausgegebene Denkschrift veröffentlicht, in der dieser auf Seite 25 u. a. folgende Forderungen stellt:

Die fälschlicherweise Angriffe wurden jedoch zur Manie. Es gehörte beinahe zum guten Ton eines wirtschaftlichen Vortrages, wenn er von einem Vertreter der Wirtschaft gehalten wurde, von der „unverantwortlichen Mißwirtschaft der im Gelde schwimmenden Gemeindevormalungen“ zu sprechen. Diese Redensarten wurden fälschlich, weil sie von einem Sozialdemokraten besetzt waren, das auf die unvollständige Art, wenn man auch falschen Eindruck machte. Der Städtetag sah sich gezwungen, dagegen Front zu machen. Es ist bisher aber nicht besser geworden, sondern die Etatberatungen machen sich immer wieder dieselben Erscheinungen geltend. Natürlich kann es in bürgerlichen Staaten nicht anders sein. Am schlimmsten wirkt sich diese offene Diktatur des Großkapitals, die sich bei der kommunalen Wirtschaft natürlich in erster Linie gegen die Erwerbslosen, Arbeiter, Entlassenen, Kranken, Schwachen und Greise wendet, in kleinen, leistungsfähigen Gemeinden aus. Alle Hoffnungen waren in diesem Jahre

## Der Leuna-Gilm

schon bereits in den Berliner Kinos. Es ist an der Zeit, die wichtigsten Maßnahmen, die sich bei der kommunalen Wirtschaft im wesentlichen durch die Gebiete des Chemiekapitals der gesamten wertvollen Bevölkerung Mitteldeutschlands vorzuführen.

## Genossen

In den Ortsgruppen, nicht sofort Verbindungen mit den Kinoschiffen auf, damit dieser Film in das Wochenprogramm eingestellt wird. Gebt der Bezirksleitung der Partei euren Nachdruck. Sorgt für Massenbesuch der Vorführungen. Bedenkt, die Bilder sind von diesjährigen Märzstreifen sind

## Dokumente der roten Klassenfront

mit den Reichsfinanzausgleich seitens der Kommunalverwaltungen geleistet worden. Die Hoffnungen sind enttäuscht worden. Wohl ist ein Vorprojium mit den Ländern abgeschlossen, bezogen nach aber die Länder und nicht die Kommunen. Von den Ländern ist wiederum in erster Linie ausgesprochen Organe. In der Leuna-Gilm, das beim Anfang des Konflikts mit der städtischen Räte dieser zum 1. März in den nächsten Tagen gemeldet hat. Man will den Kommunen „größtmäßig“ mehr Mittel geben, wenn — die die Realisten senken. Das oberwähnte Fortschrittsverhältnis der Gemeinde von der Industrie sind von folgender bürgerlichen Zeitungsnote grell beleuchtet:

## Die wahllose Gemeinde

Am 19. Mai. Der einzige Ort wurde bereits, das die Gemeinde die im Vergleich zu den anderen Gemeinden ist. Die Gemeinde, die von finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde ist, hat ein einseitiges Verhalten gegenüber den Gemeinden. Die Gemeindeverwaltung ist in der Lage, die Gemeindeverwaltung zu verweigern. Die Gemeindeverwaltung ist in der Lage, die Gemeindeverwaltung zu verweigern. Die Gemeindeverwaltung ist in der Lage, die Gemeindeverwaltung zu verweigern.

Das Verhältnis der Getrommeten zur Gemeinde Finanznotwendigkeit ist in besonders merkwürdiger Weise. Die Getrommeten sind in der Lage, die Gemeindeverwaltung zu verweigern. Die Gemeindeverwaltung ist in der Lage, die Gemeindeverwaltung zu verweigern. Die Gemeindeverwaltung ist in der Lage, die Gemeindeverwaltung zu verweigern.

Das Vermögensverhältnis der Gemeinden von der Industrie sind von folgender bürgerlichen Zeitungsnote grell beleuchtet:

## Gemeindevertreterwahlung in Doblen

Unsere Gemeindevertreterwahlung beschäftigte sich in 1. Punkt mit der Verteilung von 1000 Mark zum Kreis der überlieferten Steuerzettel. Es wurde von allen Gemeindevertretern abgelehnt, die Verteilung vorzunehmen. Gründe: Es sind acht Bauern vorhanden, die ein gesamtes Darlehen von 60.000 Mark beantragt haben. Die überlieferten Gelder sind vollkommen unzureichend. Es wird vom Kreis verlangt, die Verteilung und Rückzahlung ist zu übernehmen, die die Gemeinde aufzubringen will. In Punkt 2 wird der Bauplan des Zimmermanns Gebrüder mit seinen Änderungen genehmigt. Unter Punkt 3 Verschiedenes wurde dem Gemeindevorsteher Vollmacht erteilt, die Gemeinde zwecks Eintragung eines von dem Mühlentöchter Lehmann der Gemeinde gefestigten Grundstückes in das Grundbuch zu vertreten. Der Gemeindevorsteher führt hierzu aus, daß die Gemeinde nach der Verteilung den Bauplan nicht mehr ausführen kann, um einen geeigneten Sportplatz für unsere Sportvereine zu schaffen. Es wurde nun von anderen Genossen die Anregung gegeben, die Vereine heranzuziehen, um eine Beteiligung der Vereinsmitglieder an den Winterungsarbeiten zu ermöglichen. Um ein größeres Interesse für diese Arbeit hervorzuheben, wurde eine Vergütung von 1000 Mark vorgeschlagen. Der Vorsitzende des Zimmermanns, zugleich Gemeindevorsteher, glaubte, die Erfüllung anderer Wünsche in Aussicht stellen zu können. Bei der Abstimmung stimmte ein Vertreter der Arbeitergemeinschaft, Leonard Koppold, gegen diesen Antrag. Arbeiter und Angestellte, gebildet und ungebildet, stimmten bei der nächsten Wahl die Verteilung zu. Man muß diesen Seiten, daß er sich nach einer ähnlichen Wahl. Bei der Wahl der Schöffen wurde vorgeschlagen: den ersten Schöffen stellt unsere Liste, den zweiten die Arbeitergemeinschaft. Herr Bernhard Koppold lehnte dieses Anerbieten ab mit dem Bemerkung: Wir beantragen alle beide für uns. Diese Wahl der Wahl hat ein eines anderen bezieht. Unsere Liste stellt den ersten Schöffen und die Bürgerlichen den zweiten. Die Arbeitergemeinschaft ging leer aus.

Bitterfeld. Verbindungen. Die Arbeiterarbeiten in dem Gebäude der Allen Wädenschule in der Dessauer Straße sollen abgebrochen werden. Verbindungsunterlagen sind im Stadtbauamt zu haben. Die Angebote sind im verfallenen Umfang mit entsprechender Aufschrift bis Dienstag, den 31. Mai d. J., im Stadtbauamt abzugeben. Termin der Eröffnung: Dienstag, den 31. Mai, mittags 12 Uhr. Auch die Erd- und Maurerarbeiten sowie die Zimmerarbeiten für den Neubau einer öffentlichen Bedürfnisanstalt sollen vergeben werden. Die Angebote sind im verfallenen Umfang mit entsprechender Aufschrift bis zum Montag, den 30. Mai d. J., im Stadtbauamt abzugeben. Termin der Eröffnung: Montag, den 30. Mai, 12 Uhr mittags.

Wittenberg. Mutterberatungsstunde. Am Donnerstag, dem 26. Mai (Himmelfahrtstag), fällt die Mutterberatungsstunde aus. Sie findet am Freitag, dem 27. Mai, nachmittags von 3 bis 4 Uhr im „Jugendheim“ an der Wladimirstraße statt.

Wittenberg. Vom Arbeiter-Gängerfest. Am Sonntag, dem 16. Mai, veranstaltete der vom Bund nicht aufgenommenen Arbeiter-Gängerfest. Gute Hoffnung“ sein Gründungsmitglied Trotz aller Sabotage waren doch einige, dem Arbeiter-Gängerfest angehörige Vereine als Gäste erschienen. So z. B. die Gängervereine Heinsdorf und Kammin. Beide Vereine erzielten die Besucher durch ihre Kampfkünste. Man kann sagen, daß ein guter Geist zum Ausdruck kam. Der Gängerverein „Gute Hoffnung“, Wittenberg, erzielte die Besucher durch seine herrlichen und stark beleuchteten Aufzüge. Die Gängervereine „Eintracht“ gelang kein lauter. Wir sind und bleiben Arbeiter-Gänger und werden im Interesse und zur Förderung von Arbeiterinteressen wirken.

Wittenberg. Vom Wohnungsbau. Der beschlossene Bau des Sechshausfamilienwohnhauses der Gemeinde ist bis zum nächsten September sechs Familien können somit am 1. August eine eigene Wohnung beziehen. Hoffentlich sorgt die Gemeindeverwaltung dafür, daß bald mehrere Wohnungen folgen.

Wittenberg. In den Kaminjoch getürrt. Auf den Mühlentöchter Werten wird jetzt ein Eckschornsteinbau ausgeführt, der für vor der Forderung steht. Es war noch etwa ein Meter an dem etwa 40 Meter hohen Bauwerk zu bauen. Der Maurermeister W. Weimann ist beim Abheben vom Eckschornstein (er sollte zum Frühstück), in diesen hineingefallen, nachdem er etwa 3 Meter von oben her in den Schacht hinuntergefallen war. Er ist jetzt gegen die Stiegen im Türraum des Kaminjochs und wurde unten in der Erde aufgefunden. Er ist jetzt in der Erde aufgefunden. Er ist jetzt in der Erde aufgefunden. Er ist jetzt in der Erde aufgefunden.

Wittenberg. Öffentliche Versammlung. Heute, Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus“ Wittenberg eine große öffentliche Versammlung statt. Thema: „Gegen das Reichsflaggen und gegen das Reichsfordat“. Referent: Lehrer Schulze, Schleußig. Arbeitervereine, ersieht in Massen!

Wittenberg. Zu den Fogtampfen am Freitag, dem 27. Mai, abends 8 Uhr, in „Balgers Wäldchen“, erfahren wir, daß es dem Veranstalter, Herrn Steffen, nach vielen Bemühungen gelungen ist, den bekannten und hervorragenden Halbbühnenmeister Herr Viktor Schiller für diesen Abend zu verpflichten; er wird auch seine Kosten tragen, um dem Wittenberger Sportpublikum nur erstklassige Kämpfe zu zeigen.

Wittenberg. Kinderausbeutung. Der Margarineverreter Schildhauer beutet Schulungskinder von 12 bis 14 Jahren aus, die ihm nachmittags seine Margarine mit Sandwagen ausfahren müssen. Sie bekommen dafür 14 Mark den ganzen Monat. Die Jungen müssen aber sehr stramm sein, denn die Arbeit ist schwer und dauert manchmal Tag bis zu fünf Stunden. Während die Kinder seine Margarine ausfahren, fährt der Schildhauer mit seiner Frau auf ihrem Motorrad spazieren. Diesen traurigen Überbruch haben selbst ihnen Kinder festgestellt.

## Neues aus aller Welt

### Erdbeden zwischen Tibet und der Mongolei

Aus Benningrad wird gemeldet: Die Seismographen registrieren ein außerordentlich heftiges Erdbeben. Der Herz des Bebens soll, nach den angefertigten Berechnungen, zwischen Tibet und der Mongolei liegen. Die Höhe waren so heftig und nahmen mit der Entfernung von Benningrad ab. Die Seismographen registrieren schließlich nach drei Stunden aufhören, zu funktionieren.

### Fünfzig Schiffe liegen im Eise fest

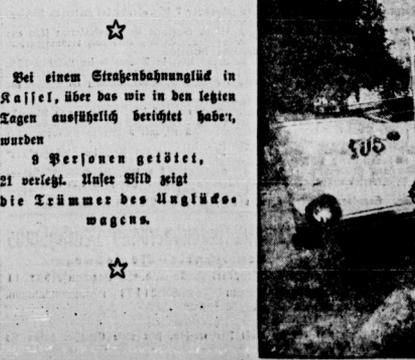
Im Bostnischen Meerbusen haben sich nach Meldung aus Kopenhagen so dicke Eismassen vor Solms angehäuft, daß alle Fahrzeuge, die auf der Fahrt nach Nordland, im Eise festgekleben sind und gezwungen sind, zu warten, bis die Eismassen sich auflösen. Man hat die Zahl der augenblicklich im Eise festgeklebten Schiffe auf 50 an.

### Fünf Knaben bei einer Explosion getötet

In der Stadt Anaim in Südmähren haben fünf Knaben beim Spielen auf der Wiese einen Blindgänger. Als die Knaben damit beschäftigt waren, die Granate aus der Erde auszugraben, explodierte sie und tötete auf der Stelle vier von ihnen. Ihre Leichen sind sicherheitlich zerstückelt. Der fünfte Knabe hat bei der Überführung ins Krankenhaus. Die Explosion war so heftig, daß Teile der getöteten Knaben vierzig Schritte weit geschleudert wurden. Eine in der Nähe wohnende Kuh wurde gleichfalls getötet, zehn Stück weiteres Vieh schwer verletzt.

### Bei einem Straßenbahnunglück in Kassel, über das wie in den letzten Tagen ausführlich berichtet wurde, wurden

3 Personen getötet, 21 verletzt. Unter Bild zeigt die Trümmer des Unglücks wagens.



## Sozialdemokratische Blüte in der Bauernbewegung

Auf Verreiben sozialdemokratischer Bauernführer wurde im Jahre 1922 der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe gegründet. An der Spitze stand der spätere sozialdemokratische Abgeordnete Helling, der SPD-Kreisvorsitzende Dr. Kuppisch, hinzu kamen noch die sozialdemokratisch eingestellten städtischen Bauernführer Hermann und Hilmar. Als Geschäftsführer wurde der damals mit sozialdemokratischen Prinzipien langjährige Agraringenieur Dr. Völk gewährt.

Die SPD hatte also die Führung vollkommen in der Hand. Der Reichsverband hand nun die Frage, Führung eines entscheidenden Kampfes für die Klein- und Mittelbauern und damit Schaffung einer Einheitsfront, mit der unter radikaler Bauernführung stehenden „Arbeitsgemeinschaft lebender Landwirte, Pächter und Seidler“ (heute Reichsbauernbund), der Beschränkung auf Binnentrippelpolitik, die sich auf gelegentliche Verhandlungen und gutes Zureden bei Ministerien beschränkt, was politisch zur Rechtfertigung führen muß.

Der Reichsverband hat (abgesehen von unüberwindlichen Behinderungen mit dem Reichsbauernbund unter dem Druck der oppositiven neuen Mitgliedschaft des Reichsverbandes) letzteres, hierüber sich nicht nur bei den Demokraten und Zentrumlern, sondern auch bei der Volkspartei an. In der Führung des Reichsverbandes zeigte sich folgende Wandlung: die städtischen Bauernführer Hilmar und Hermann verlegten immer wieder gegenüber der Volkspartei des Landbundes ihre sozialdemokratischen Vergangenheit und traten als parteilose Demokraten auf. Völk hatte seine sozialdemokratischen Prinzipien schnell verlernt und unterließ sich heute in nicht nur einem sozialdemokratischen, sondern auch in sozialdemokratischen, er ist aus allen leitenden Positionen verdrängt; Helling ist inzwischen gestorben und sein Nachfolger, der sozialdemokratische Abgeordnete Sagermann, ist zwar noch im Vorstand, wird aber als „unverantwortliche Belastung nach außen“ empfunden und nicht nach sozialdemokratischen Prinzipien auf der Abzweigung.

Der Reichsverband hat, wie das SPD, in der Sache zwar erstickt hat, aber wie ein beglückter Hund vor der Tür des Hauses liegt. Der Erbe der sozialdemokratischen Politik ist — wenn wir das nach Verleihen ausdrücken wollen — der reaktionäre bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Feßl. Unter seiner Führung hat sich der Reichsverband mit dem „Bayerischen Bauernbund“ zu einer „Deutschen Bauernfront“ vereinigt.

Neben der politischen Gefährdungsmöglichkeit der Führer genannter Verbände scheint diese Vereinigung auch noch einen finanziellen Hintergrund zu haben. Der Reichsverband ist nämlich finanziell ziemlich platt, der „Deutsche Bauernbund“ hat nicht unbedeutende Schulden und der „Bayerische Bauernbund“ hat kein Geld. Wenn würde jedoch, daß der andere eine volle Kasse hat. Man wird, wenn die Verschmelzung der drei Verbände technisch durchgeführt ist, noch auf etwas lange Gefährte gefahrt sein.

Kurz vor der Vertagung des Zusammenkunftes in einer „Mitteldeutschland“ hat der ehemals sozialdemokratisch geführte Reichsverband seine Einstellung nochmals trag dokumentiert, indem er mit dem progressivsten „Reichslandbund“ und den christlichen Bauernvereinen und einigen weiteren progressivsten Agrarorganisationen einen gemeinsamen Aufruf zur Siedlungsfrage unterzeichnete. Die beiden Kulte & Co. wollten sich damit wohl den Bauernvereinigungen dem Reichsverband wärzig erweisen.

Die Frucht sozialdemokratischer Politik zeigt sich in der Entwidlung des „Reichsverbandes“ in sehr ansehnlicher Weise. Sie führt wertvolle Massen ins Lager der schwärzesten Reaktion. Das ist die Konsequenz der Ablehnung des energiegelassen Kampfes um die Forderungen der wertigen Bauern, der Ablehnung der Einheitsfront mit der radikalen Bauernbewegung, der Ablehnung des Kampfes für die Interessen der Arbeiter und Bauern.

Die Entwidlung der Führung des Reichsverbandes darf uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb dieses Verbandes wie auch innerhalb der beiden anderen Bauernverbände eine große sozialdemokratische Einheitsfront existiert. Sie müssen wir zu immerfortlichen und mobilisieren gegen die Forderung und Politik der „Deutschen Bauernfront“. Es gilt, das Steuer herumzureißen und Sanktionen zu heuern! Das erfordert das Interesse der wertigen Bauern, wie auch das Interesse der Arbeiter!

### Bei Unfallsarbeiten das Leben eingeholt

Beim Abruch des letzten Gebäudes am dem Gelände der ehemaligen Kreisverwaltung in Götzen kürzte plötzlich eine hohe Giebelwand zusammen. Dabei wurde der 23jährige Arbeiter Willi Niemann unter den Trümmern begraben und so schwer verletzt, daß er in der Nacht zum Montag im Kreisstranfenhaus, wohin man ihn sofort geschafft hatte, verstarb. Der Verunglückte war über 10 Jahre verheiratet gewesen und erst vor drei Tagen von der Stadt mit Notstandsarbeiten beschäftigt worden. Dabei wurde er ein Opfer seiner Arbeit, die ihm doch nur von der Hand in den Mund leben ließ.

### Die größte Lokomotive Frankreichs explodiert

Aus Chalons sur Marne wird berichtet: Frankreichs größte und stärkste Lokomotive entgleiste im kleinen Bahnhof, als sie Rangierarbeiten ausführte. Die Arbeiter der Werkstätten wollten sie wieder auf das Gleis bringen, da erkrankte plötzlich eine furchtbare Detonation; der Kessel war explodiert. Eisenstücke wurden weithin geschleudert, ein Eisenstück zerbrach die Scheibe eines Kesselhaufens.

Pariseris aus Paris vor dem Krankenhaus. In Dürres bei Leburg hat sich die Witwe Elisabeth Wischner gefürst sich nur für eine Behandlung im Krankenhaus mit einem hochkarigen Messer den Leib der Brust aufgeschlitten, daß die Därme herausstraten. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte die bemahlene Gewonnde nicht mehr am Leben erhalten.

Die Subkapitel Polizei verhaftete insgesamt vier Angestellte der ungarischen Nationalbank wegen großer Betrügereien.







<b>Schuhreparatur - Großbetrieb</b> <b>Arthur Vogel</b> Bitterfeld, Katschall	<b>Schuhreparatur - Großbetrieb</b> <b>Arthur Vogel</b> Bitterfeld, Katschall	<b>Schuhreparatur - Großbetrieb</b> <b>Arthur Vogel</b> Bitterfeld, Katschall	<b>Schuhreparatur - Großbetrieb</b> <b>Arthur Vogel</b> Bitterfeld, Katschall
<b>Otto Liebmann</b> Bitterfeld Führendes Spezialgeschäft für Kristall, Glas, Porzellan, Steingut Halleische Str. 14	<b>Lederauschnitt</b> Schuhmacher-Bedarfsartikel Gummiaufsätze billig <b>Reinhold Hannibal</b> Bitterfeld Halleische Straße	<b>Kinderwagen</b> <b>Carl Molt</b> Bitterfeld Bismarckstraße 11 Reparaturwerkstatt	<b>Silber</b> <b>Wüsten</b> <b>Goldschelder</b> Bitterfeld Bitterfeld
<b>Fahrräder</b> <b>Nähmaschinen</b> <b>Otto Döhmel</b> Bitterfeld, Deffauer Straße 4 Reparaturwerkstatt für Motor- schleppwagen, Fahrräder, Näh- maschinen, tragbare Schweißerei u. S. d. m.	<b>Herrn- u. Knabenkonfektion</b> <b>Serren- u. Knabenkonfektion</b> <b>Kaufhaus Hermann Henze</b> Bitterfeld Kathenaustraße 1 Kathenaustraße 1 Weitestes Spezialgeschäft am Plage	<b>Bitterfelder</b> <b>Möbel-Hallen</b> Alle Stadtmöbel "Stadt Wien" Die anerkannt vorzelli- gste Bezugsquelle für <b>Möbel, Spiegel u.</b> <b>Polsterwaren</b>	<b>Wäsche- u. Wollwaren-Lager</b> <b>Anne Reichner</b> Bitterfeld Burgstraße 5
<b>Spezialgeschäft für</b> <b>Herrnartikel u. Lederwaren</b> <b>Paul Raack</b> Bitterfeld Markt	<b>Spezialgeschäft für</b> <b>Herrnartikel u. Lederwaren</b> <b>Paul Raack</b> Bitterfeld Markt	<b>Welt-Theater</b> Tel. 2176 Bitterfeld Tel. 2176 Gebäude Theater nach Genossenschaft Jeden Freitag u. Sonntag Programmwechsel In den Zwischenacten Mittwoch die Sonntag- "Off", die Samstag- u. Sonntag- Jeden Mittwoch und Sonntag <b>Tanzdiela</b>	<b>Wimar Andrae</b> Kochlächtermeister Bitterfeld, Wüstenstraße Greppin, Katschallstraße empfehlen <b>H. Fleißig- und</b> <b>Wurwaren</b> Spezialität: H. Fleißig- und
<b>H. Kühle</b> Bitterfeld, Deffauer Straße <b>Linoleum :: Tapeten</b> <b>Bachstühle</b> <b>Lederwaren :: Kesselöfen</b> <b>Gelbsenartikel</b>	<b>Prima</b> <b>hansschnitt. Wurwaren</b> zu billigen Preisen <b>Wilhelm Dohle</b> Bitterfeld, Sommerstraße 4 <b>Kolonial- und</b> <b>Materialwaren</b>	<b>Kaufe bei</b> <b>Ublig, Bitterfeld</b> 1 Burgstraße 1 Schuhwaren, Konfektion	<b>Optiker</b> <b>Gorlichshäfer</b> Bitterfeld, Deffauer Straße 50 Optik - Photo Lieferant aller Krankentafeln
<b>Richard Wlen</b> Bitterfeld, Deffauer Str. 20 Kalamustwaren, Zerden, Meise, Spirituosen	<b>Marie Niebner</b> Bitterfeld, Innere Jörbig. Str. 2 <b>Kolonial- und</b> <b>Materialwaren</b>	<b>Kaufe bei</b> <b>Ublig, Bitterfeld</b> 1 Burgstraße 1 Schuhwaren, Konfektion	<b>Optiker</b> <b>Gorlichshäfer</b> Bitterfeld, Deffauer Straße 50 Optik - Photo Lieferant aller Krankentafeln

**Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!**

<b>Hüte * Mützen</b> <b>Beltwaren</b> kauft man vorteilhaft bei <b>Ang. Linke, Wittenberg</b> Görlitzerstraße 24	<b>Kinsky &amp; Co.</b> Markt 9 Spezialgeschäft für Kurz-, Weiß- und Wollewaren Wäsche, Kleider- u. Hütenstoffe Gardinen und Baumwollwaren zu billigen Preisen	<b>Kaufen Sie</b> <b>Schmiedicke</b> KONFITUREN Direkt von der Fabrik Halle a. d. S., Weißstraße 15 Zeugnis, Leipziger Straße 8 Falkenberg, Bahnhofstraße 15 In Wittenberg 4 Verkaufsstellen	<b>MÖBEL</b> kaufen Sie vorteilhaft — bei — <b>Otto Kandelholz jr.</b> Wittenberg, Elbstraße 3	<b>E. Bendhelm Nachf.</b> Wittenberg, Markt 25 <b>Herrn- u. Knabenbekleidung</b> stets billig und gut	
<b>Moritz Weiß, Wittenberg</b> Görlitzerstraße 24 Große Auswahl in erhaltenden <b>Fahrrädern</b> Diamant, Stride, Tenzer, Stiel Eig. Reparaturwerkstatt Billigste Preise Gute Bedienung	<b>Besser und billiger intant für</b> <b>Gas- und Stromgeräte</b> Installationen <b>Licht- u. Kraftwerke</b> Bitterfeld Halleische Straße 30 Fernruf 33, 583, 585	<b>Farbwaren</b> <b>Tapeten</b> <b>Farben- Thiele</b> Spezialgeschäft Wittenberg	<b>Gebr. Hirschfeld</b> Wittenberg Stets große Auswahl in: <b>Kleiderstoffen und</b> <b>Damenkonfektion</b>	<b>Sind Sie schon Mitglied im</b> <b>Konsumverein</b> für Wittenberg u. Umg. e. G. m. b. H. Beitrittsrücklagen sind in den Verteilungsstellen erhältlich	<b>Uhren und Goldwaren</b> <b>Paul Flemming</b> Wittenberg, Müllstr. 17 Reparaturen prompt
<b>Kind- und Schwammelgeschäft</b> <b>Albert Endow</b> Wittenberg Görlitzerstraße 10 Fernruf 306	<b>Gustav Schulz</b> Eisenhandlung Lutherstadt Wittenberg in Wertgegen- stände für alle Berufe	<b>Gustav Boock &amp; Co.</b> Wittenberg, Lindenstraße 11 <b>Beleuchtungsörper</b> alle Apparate für Gas und Elektrizität Raul Teilhaftung Miete	<b>Konfektion</b> <b>Kleiderstoffe</b> <b>Kaufhaus Max Salzmann</b> Wittenberg - Johna Preiswerte Bezugsquelle für sämtliche Artikel im täglichen Bedarf <b>Berufsbekleidung</b> <b>Wäsche</b>	<b>Otto Langer, Wittenberg</b> <b>Wäsche</b> Görlitzerstraße 35, Fernruf 37, ... Burgstr. 37. Große Auswahl in: Haus- und Küchengeräten	<b>vorzuziehen kauft man</b> <b>Damen-, Herren-, Arbeiter-</b> <b>und Knaben-Bekleidung</b> Spezialität: Berufsbekleidung <b>J. Bremberg, Wittenberg</b> Jüdenstraße 7 Möbel Haus auf Lager

**Alle Drucksachen**  
liefert schnell, gut und preiswert die Produktiv-Genossenschaft in Halle a. d. S., Verchenfeldstraße 14